

DIE TÜRKEN IN DER JUNGEREN GESCHICHTE DES RUHRGEBIETES

- unter besonderer Berücksichtigung des Essener Raumes -

Essen
September 1995

DIE TÜRKEN IN DER JUNGEREN GESCHICHTE DES RUHRGEBIETES

- unter besonderer Berücksichtigung des Essener Raumes -

von Manfred Burazerovic

Wissenschaftliche Begleitung:
Dr. Sami Özkara

Essen
September 1995

INHALTSVERZEICHNIS

Vorwort	
I. Einleitung	1
II. Türkische Migrantinnen im Ruhrgebiet	12
II.1. Politik und Religion	14
III. Türkische Migrantinnen in Essen	23
III.1. Wohnschwerpunkte der Türken in Essen	26
III.1.1. Das Beispiel Katernberg Beisen	30
III.2. Schule und Ausbildung	32
III.3. Spezifische soziale Probleme der türkischen Minderheit in Essen	41
III.3.1. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt	43
III.4. Der Ausländerbeirat	47
III.5. Türkische Arbeitnehmerinnen bei der DB und der Krupp AG	53
IV. Die besondere Bedeutung des Bergbaus für die türkischen Beschäftigten im Ruhrgebiet	55
IV.1. Die Position der Gewerkschaft	62
IV. 2. Zur Bedeutung der Dolmetscher in der ersten Phase der Beschäftigung von türkischen Bergleuten im Ruhrbergbau	66
IV.3. Die Revierarbeitsgemeinschaft für kulturelle Bergmannsbetreuung (REVAG)	68
V. Resümee	70
VI. Literaturverzeichnis	72
Anhang	79

VORWORT

Seit nahezu 40 Jahren leben nun Migranten aus den sogenannten "Anwerbeländern" in der Bundesrepublik Deutschland. Gebraucht wurden sie beim wirtschaftlichen Wiederaufbau des Landes - gekommen sind sie aus der materiellen Notsituation heraus in ihren Heimatländern. Geblieben sind sie, weil sich der Traum vom schnellen Geld nicht in die Tat umsetzen ließ, und weil Menschen nicht über viele Jahre hinweg nur arbeiten können, ohne auch zu leben. Die ersten, die damals kamen, gehen mittlerweile schon in Rente. Nicht nur ihre Kinder, sondern auch ihre Enkel sind in Deutschland aufgewachsen. Es hat sich eine eigenständige Kultur gebildet, und in den Ballungszentren gibt es in verschiedenen Stadtteilen überwiegend von Migranten bewohnte Gebiete, in denen die Migranten in der Überzahl sind. Obwohl sich die Bundesrepublik Deutschland bis heute weigert, sich als Einwanderungsland zu begreifen, haben die Migranten einen erheblichen Teil zu den Strukturveränderungen dieser Gesellschaft beigetragen. Dies bedeutet, daß die Gesellschaft der Bundesrepublik Deutschland sich zu einer multikulturellen Gesellschaft entwickelt hat. Konkret bedeutet dies, daß eine Vielzahl von Menschen unterschiedlicher Nationalitäten, aus unterschiedlichen Kulturkreisen, mit unterschiedlichen Sprachen und Religionen in einer, eben in unserer Gesellschaft leben. Aufgrund dieser Tatsache muß die Bundesrepublik Deutschland diesen Menschen die demokratischen Grundrechte einräumen, die auch Pflege und Wahrung ihrer eigenen Geschichte und Kultur einschließt.

Die türkischen Migranten, deren Zahl in Deutschland inzwischen 2,1 Mio. beträgt, blicken 1995 auf eine 34-jährige Geschichte zurück. Es gibt inzwischen zahlreiche, von türkischen Migranten gegründete Arbeitsstätten bzw. Unternehmen. In fast jedem Berufszweig arbeiten heute erfolgreich Menschen türkischer Herkunft. Sie sind nunmehr in der Lage, ihre eigene Geschichte selbst zu erforschen, zu dokumentieren, zu präsentieren und zu veröffentlichen. Auf die Frage: "Warum sind die Einheimischen den Migranten fremd geblieben?" gibt es mehrere objektive wie subjektive Faktoren: Die einzelnen Regierungen der Bundesrepublik Deutschland haben trotz ihrer wechselnden politischen Zusammensetzung gegenüber den Migranten bis heute eine Politik verfolgt, die im Wesentlichen eine am Bedarf des Arbeitsmarktes orientierte Ausländerbeschäftigungspolitik geblieben ist. Aber Deutschland ist für diese Menschen ein Einwanderungsland geworden. Und die Politik muß nun diesem Tatbestand Rechnung tragen und diesen Menschen Dauerrechte zuerkennen.

Aber auch die Migranten selbst müssen sich klarer zu dieser Gesellschaft bekennen, die ihr Lebensmittelpunkt geworden ist. Auf beiden Seiten muß also eine Veränderung des Bewußtseins in Gang kommen.

Eine multikulturelle Gesellschaft braucht Menschen, die abweichendes Verhalten tolerieren können, fremdartige Gewohnheiten anerkennen, für die eine Mehrsprachigkeit selbstverständlich ist, die jedem einzelnen Individuum eine Religionsausübung zuerkennen und die eine Begegnung mit Menschen anderer Kulturkreise als erstrebenswert ansehen.

Wenn die Bundesrepublik Deutschland als multikulturelle Gesellschaft akzeptiert wird, dann müssen andere Kulturen in Deutschland nicht nur gewissermaßen wie Exotica vorgeführt werden, sondern dann muß auch die Möglichkeit bestehen, daß Menschen, die sie kennenlernen wollen, entsprechende Angebote bekommen.

Ausgehend von solchen Überlegungen taten sich etwa vor 6 Jahren einige türkische Wissenschaftler und Intellektuelle zusammen. Gemeinsam sahen sie die Notwendigkeit zur Gründung eines Dokumentationszentrums und Museums über die Einwanderung aus der Türkei sowohl für die wissenschaftliche Forschung, aber auch für das kulturelle Selbstverständnis der Betroffenen. So wurde am 12. Dezember 1990 das Dokumentationszentrum und Museum als Verein (DoMiT) offiziell gegründet. Es ist eine gemeinnützige Einrichtung und verfolgt nachstehende Ziele:

1. die türkische Migration in die Bundesrepublik Deutschland in allen Bereichen des gesellschaftlichen Lebens zu dokumentieren,
2. das historische Erbe der Migranten aus der Türkei aufzubewahren und dieses
3. der wissenschaftlichen Forschung und der Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Um diese Ziele zu erreichen, werden Arbeiten in folgenden Arbeitsfeldern durchzuführen sein:

- Relevante Printerzeugnisse und Fotos, audio- und/oder visuelle Träger, die den Migrationsprozeß dokumentieren, und sonstige Materialien und persönliche Dokumente, die diesen Prozeß belegen können, zu sammeln. Mündliche Geschichtsdokumente der Migranten in Form von Interviews usw. aufzuzeichnen und zu fixieren. Die Sammlung, Aufbewahrung und Systematisierung dieser Materialien unter einem Dach zu organisieren.
- Die so entstandene Sammlung wird der Wissenschaft und Forschung zur Verfügung gestellt und die aktuellen und bedeutenden Teile in Form von Ausstellungen repräsentiert. Wissenschaftliche Untersuchungen über den Migrationsprozeß und über die mannigfaltigen Aspekte des Lebens der Migration aus der Türkei in der BRD sollen angeregt und verwirklicht werden. In diesen Bereichen werden Seminare und Kolloquien organisiert.
- Die Arbeiten der Institutionen, einzelner Personen und sonstiger Stellen, die ihre Forschungs- und Dokumentationsarbeiten in diesen Bereichen oder diesen verwandten

Gebieten durchführen, sollen miteinander koordiniert werden. Anreize werden gefördert, damit Magister- und Diplomarbeiten oder Dissertationen über diese Themen geschrieben werden können.

Art und Umfang der Tätigkeiten dieses Unternehmens orientieren sich an den unterschiedlichen Phasen und Beweggründen des Migrationsprozesses. Die innere Heterogenität dieser Minderheit darf nicht übersehen werden. Unterschiede in der regionalen Abstammung, Zugehörigkeit und ihrer Kultur, Religion und Sitten, aus der sie ursprünglich abstammen, müssen berücksichtigt werden.

Die zweite und dritte Generation wie auch nachkommende Generationen haben ein Recht darauf, ihre eigene wahre Migrationsgeschichte vermittelt zu bekommen. Ein anderer nicht unwesentlicher Effekt dieser Arbeit wird es sein, das Zusammenleben der aus unterschiedlichen Kulturen stammenden Menschen durch intensives gegenseitiges Kennenlernen zu ermöglichen und vorhandene Vorurteile abzubauen.

Die zu untersuchenden Themen reichen von der schulischen und beruflichen Aus- und Fortbildung bis hin zum Konsumverhalten, von der Interaktion mit der Türkei über das Alltagsverhalten zu den Musik- und Ernährungsgewohnheiten, Einstellungen zum Aufnahmeland und deren Parteien, Gewerkschaften usw. - kurzum alle gesellschaftlichen und individuellen Facetten des Lebens. Alle Materialien und Dokumente, die das Leben beschreiben und historisch wertvoll sind, sollen gesammelt werden: Dazu gehören beispielsweise Briefe, Schulbücher und -hefte, Handzettel, Ankündigungen, Einladungen für Hochzeiten o.ä., Anzeigen, Konzertkarten, Speisekarten, Fastentafeln, Video- und Tonkassetten, interessante Kleidungsstücke, typische Wohngegenstände, Wandteppiche und vieles andere mehr.

Die Sammlung dieser Gegenstände soll für verschiedene Ausstellungen ausgewertet werden und den Grundstock für das später zu gründende Museum bilden. Die Lebensbedingungen, die Probleme, Sorgen und Nöte der Migranten aus der Türkei in einer lebendigen und adäquaten Weise wiederzugeben, ist ein Hauptziel dieser Anstrengungen. Dies ist nur dann möglich, wenn die Betroffenen diese Arbeit als ihre eigene Sache annehmen und auf verschiedene Weise unterstützen.

Grundlage von DoMiT ist es, mit allen Institutionen und Initiativen, die in diesem Bereich arbeiten, zu kooperieren und die Aktivitäten zu koordinieren. Dabei hat die Zusammenarbeit mit Fachbereichen der Hochschulen, die sich mit Migrationsforschung beschäftigen, mit Behörden, Ausländerbeiräten, Gewerkschaften, Arbeitgebern, Sozialdiensten und verschiedenen Kultur- und Beratungszentren einen besonderen Vorrang.

Ausgehend von dieser Zielsetzung hat das DoMiT im September 1994 ein Projekt in Gang gebracht, das die Aufgabe hat, die Situation der türkischen Migranten im Ruhrgebiet zu untersuchen, bzw. zu dokumentieren, denn die Entwicklung des Ruhrgebietes zur bedeutendsten europäischen Industrieregion wäre ohne die starken Zuwanderungen aus

den umliegenden ländlichen Gebieten, den Niederlanden, später aus Italien und vor allem den ostpreußischen Provinzen und aus Polen - nicht denkbar. Trotz massiver sozialer Spannungen wurden in einem langwierigen Prozeß Menschen unterschiedlichster Herkunft in die neue Lebensgemeinschaft integriert. Die unter anderen Vorzeichen in den fünfziger, sechziger Jahren als billige Arbeitskräfte verpflichteten sogenannten "Gastarbeiter" aus Südeuropa, Nordafrika und der Türkei trafen auf eine inzwischen in spezifischen Traditionen verhaftete Gesellschaft. Besonders die aus einem als fremdartig empfundenen Kulturkreis stammenden Türken kämpfen bis heute um ihre Anerkennung als gleichberechtigte Bürger des Ruhrgebietes. Sie bilden, wie in ganz Deutschland, die größte ethnische Minderheit im Ruhrgebiet, mit zahlreichen sozialen Einrichtungen. Längst haben sich viele türkische Familien dazu entschlossen für immer in Deutschland zu bleiben, allerdings ohne die Verbindungen in die alte Heimat völlig aufgeben zu wollen. Man muß also diese ehemaligen Arbeitsmigranten und ihre Angehörigen als Einwanderer betrachten. Ein immer größer werdender Teil der in Deutschland lebenden Türken ist zudem hier geboren oder aufgewachsen, betrachtet Deutschland daher selbstverständlich als Heimatland. Dies wird von vielen deutschen Einwohnern, vor dem Hintergrund des Strukturwandels - der, auf exogenen und endogenen Einflüssen beruhenden wirtschaftlichen Krise der Region -, als Bedrohung angesehen. Gerade die Erfahrungen mit der Geschichte zeigen jedoch deutlich, daß das Ruhrgebiet in seiner weiteren Entwicklung auf eine gelungene Integration der Eingewanderten geradezu angewiesen ist. In Essen, der größten Stadt und Verwaltungs- und Dienstleistungsmetropole des Ruhrgebietes, prallen Vergangenheit und Gegenwart der Region besonders kraß aufeinander.

Deshalb haben sich die drei Projektmitarbeiter im ersten Jahr mit der Situation der türkischen Migranten in der jüngeren Geschichte der Stadt Essen und Umgebung befaßt.

Folgende Punkte waren zu Beginn der Projektarbeit ebenso von Bedeutung:

- Auswertung von statistischem Zahlenmaterial - Kontaktaufnahme zu verschiedenen Institutionen und Einzelpersonen: Städtische Einrichtungen, Ausländerbeiräte, Schulen, Universitäten, Gewerkschaften, Jugendorganisationen, Kirchengemeinden, Arbeiterwohlfahrt, (Sport-) Vereine, KVR, Geschichtswerkstätten, Parteien (Politiker), Presse etc.

In der darauffolgenden Phase befaßten sich die Mitarbeiter mit der schriftlichen Fixierung der ersten Arbeitsergebnisse. Dieser schriftlichen Fixierung gingen folgende Fragestellungen voraus:

- Wann genau kamen die ersten Türken in die Stadt Essen? Welchen Lebensweg nahmen diese Migranten? Was können sie über die Veränderungen in der Lebenssituation ihrer Landsleute berichten? Was bedeutet ihnen heute ihre neue Heimat?
- Wann begann der Zuzug der Angehörigen? Zu welchem Zeitpunkt entschied man sich, dauerhaft in Deutschland zu bleiben und aus welchen Gründen?

- Welche Gründe gab es für die Wahl des Wohnortes bzw. eines Wohnortwechsels innerhalb und außerhalb der Stadt?
- Fragen zur beruflichen Qualifikation und zu den Dienstleistungsbereichen, in denen Türken als Selbständige oder abhängig Beschäftigte arbeiten. Wirtschaftsbereiche, in denen Türken Unternehmungen gründeten.
- Medienarbeit der Türken; sozio-kulturelle Initiativen; Fragen zum religiösen Leben der Türken in Essen (Moscheegründungen, Gemeindeleben etc.)

Im zweiten Jahr, beginnend am 01.09.1995, geht es um die selben Fragestellungen im Bezug auf das ganze Ruhrgebiet.

Ziel der Projektarbeit auch im zweiten Jahr ist es, Informationen über den Verlauf der Zuwanderung ins Ruhrgebiet zu geben und an ausgewählten Beispielen zu beschreiben.

In diesem Projekt arbeiteten: Manfred Burazerovic, Gülay Dalkiran, Selçuk Uzun

Dr. Sami Özkara

I. EINLEITUNG

Zur Mitte der 80er Jahre konnte begründet festgestellt werden, das "Ausländerproblem" spiele in der öffentlichen Diskussion nur eine untergeordnete Rolle.¹⁾ Eine Aussage, die angesichts der Erfahrungen in den letzten Jahren überrascht, aber auch einen wichtigen Hinweis darauf gibt, daß die Intensität der gesellschaftlichen Diskussion nicht unbedingt Rückschlüsse auf die grundsätzliche Einstellung der Bevölkerung in dieser Frage zuläßt. In den 80er Jahren gab es eine kurzfristige konjunkturelle Beruhigung der Wirtschaft und gleichzeitig waren die bisherigen Versuche, eine durchdachte, langfristig angelegte Ausländerpolitik umzusetzen, kläglich gescheitert. Die sich immer mehr als fundamentale Krise der sozioökonomischen Struktur der Bundesrepublik offenbarende wirtschaftliche Depression - potenziert durch die Probleme der "Wiedervereinigung" - fördert die latente Aversion großer Bevölkerungsteile gegen die in Deutschland lebenden Ausländer in verschiedenen Abstufungen erneut zu Tage. Hoffnungsvoll stimmt in der heutigen Situation nur die Tatsache, daß nun endlich ein weitgehendes Nachdenken über die Definition dessen, was mit dem Etikett deutsch gemeint sein kann eingesetzt hat.

Abgesehen davon, daß die beiden größten deutschen Staaten des 19. Jahrhunderts, Preußen und besonders Österreich-Ungarn, viele verschiedene Volksgruppen in sich vereinten, ist Deutschland seit der Industrialisierungsphase de facto, wie alle anderen westeuropäischen Länder, ein Einwanderungsland. Nachdem zwischen 1880 und 1893 noch 1.8 Millionen Deutsche vornehmlich in die USA ausgewandert waren und damit in dieser Zeit dort die stärkste Einwanderungsgruppe stellten, setzte eine enorme Binnenwanderung von Ost nach West ein.²⁾

Die wirtschaftliche Entwicklung einer Region oder eines Landes ist ohne die entsprechenden Wanderungsbewegungen großer Bevölkerungsgruppen undenkbar. So wurde in besonderer Weise das Ruhrgebiet als industrielles Ballungszentrum von den verschiedenen Einwanderungswellen geprägt.³⁾ Zunächst kamen verarmte Handwerker und Kleinbauern aus den benachbarten ländlichen Gebieten in die schnell wachsenden neuen Industrieansiedlungen. Seit den 1870er Jahren wurden in den preußischen Ostprovinzen gezielt polnische Arbeiter deutscher Nationalität - der polnische Staat entstand erst wieder als Folge des Ersten Weltkrieges - sowie Masuren aus Ostpreußen und Schlesier angeworben, die zum Teil dauerhaft blieben. Auch Niederländer und in geringerem Maße Norditaliener fanden in den Zechen und Hochöfen an Rhein und Ruhr neue Arbeitsplätze.

Bis 1914 lebten weiterhin viele Wanderarbeiter aus dem damaligen Österreich-Ungarn, vornehmlich Polen und Slowenen, und Polen aus Rußland im Ruhrgebiet. Die polnisch

sprechenden Arbeiter mit ihren Familien bildeten somit eine überaus gewichtige Minderheit im Revier. Ihre Probleme im Zusammenleben mit den Einheimischen und ihre Konflikte mit der Obrigkeit drängen sich zu einem Vergleich mit der Situation der türkischen Minderheit im Ruhrgebiet auf⁴⁾ - auch wenn Historiker solche Vergleiche mit guten Argumenten grundsätzlich abwehren.

Vor dem ersten Weltkrieg lebten rund 500.000 Polen und Masuren im Ruhrgebiet, vornehmlich in der Emscherregion. Bis auf wenige Ausnahmen waren diese Arbeitsmigranten deutsche Staatsbürger, was im Hinblick auf ihre spätere soziale und politische Organisation von großer Bedeutung war. Bald gründeten die Polen im Ruhrgebiet eigene Vereine und Verbände und schufen sich ihre eigene Presse. Als die Behörden auf diese Entwicklung mit zunehmender Repression reagierten, z.B. versuchte man polnischsprachige Gottesdienste zu verhindern, hatte dies zur Folge, daß das Nationalbewußtsein der Polen, der innere Zusammenhalt, immer wichtiger wurde. Die Ghettoisierung in den Werkskolonien der Zechen verstärkte die Isolation der Einwanderer. Von einigen Migrationsforschern wird dieser Prozeß im Rückblick als notwendig zur langfristigen Integration der Zugewanderten interpretiert.⁵⁾

Im Vergleich der verschiedenen Phasen der Einwanderung wird deutlich, daß immer ein Ungleichgewicht zwischen dem beabsichtigten Nutzeffekt für die Wirtschaft und den versprochenen Integrationshilfen zur Abminderung des sozialen Konfliktpotentials bestand. Arbeitsmigranten konnten häufig als Lohndrücker mißbraucht werden - auch heute geschieht dies immer offener, z.B. in der Gastronomie, der Bauindustrie und in der Landwirtschaft -, was wesentlich das Verhältnis zur angestammten Bevölkerung mitbestimmte.⁶⁾ Die Wirtschaft war jedoch bisher stets bemüht, ihre Verantwortung für die angeworbenen Arbeitskräfte an die Gesellschaft, d.h. die Politik als Entscheidungsträger weiterzugeben.

Nach dem zweiten Weltkrieg, mit dem Einsetzen der ersten erstaunlich schnell erreichten Konsolidierungsphase, drängte die deutsche Wirtschaft darauf, billige Arbeitskräfte auf Zeit ins Land zu holen. Bereits 1955 wurde mit Italien ein Vertrag geschlossen, der den Aufenthalt der italienischen Arbeitskräfte in der Bundesrepublik regeln sollte. 1960 wurden entsprechende bilaterale Vereinbarungen mit Spanien und Griechenland getroffen, 1961 mit der Türkei⁷⁾, 1964 mit Portugal, ein Jahr später (1965) mit Tunesien und Marokko und zuletzt 1968 mit dem damaligen Jugoslawien.

Die Ausgangsländer erhofften sich eine Entspannung auf dem heimischen Arbeitsmarkt und besonders im Falle der Türkei, ein höheres Ausbildungsniveau ihrer Arbeitskräfte, das sich bei der Rückkehr positiv auf die eigene Wirtschaft auswirken sollte.⁸⁾ Der Bau der Mauer in Berlin 1961, bzw. die Schließung der innerdeutschen Grenze, bewirkte einen Arbeitskräftemangel, der in den Jahren vorher ständig durch den Zustrom der Flüchtlinge und Aussiedler aus der DDR und Osteuropa - jährlich zwischen 150.000 und 300.000⁹⁾ -

ausgeglichen werden konnte. Weitere Gründe für das Entstehen des Arbeitskräftedefizits waren die Einführung der Bundeswehr, die Verlängerung der Ausbildungsdauer und eine generelle Arbeitszeitverkürzung, in den 60er Jahren verringerte sich zudem der Anteil der Bevölkerung im erwerbsfähigen Alter um einige Prozentpunkte.¹⁰⁾

Der zeitlichen Abfolge der Verträge entsprach die Zusammensetzung und Zahl der umgangssprachlich als "Gastarbeiter" bezeichneten Arbeitsmigranten. Noch bis in die frühen 70er Jahre hielt man offiziell an der Idee eines "kurzfristigen Arbeitsaufenthaltes" fest.¹¹⁾

Ursprünglich hatte man daran gedacht, nach dem Rotationsprinzip, im ein- bis dreijährigen Wechsel, die Arbeitskräfte auszutauschen. Die Wirtschaft erkannte jedoch sehr schnell, daß die Einarbeitungszeiten und die entsprechenden Kosten im Verhältnis zu der geplanten Aufenthaltsdauer viel zu hoch waren, so daß schon Mitte der 60er Jahre langfristige Verträge geschlossen wurden. Die deutschen ArbeitnehmerInnen reagierten bis zur Weltwirtschaftskrise 1973 reserviert auf den Zuzug von 14 Millionen "GastarbeiterInnen" - von denen 11 Millionen wieder in ihre Heimatländer zurückgingen¹²⁾. Sie nahmen in diesen Jahren der Vollbeschäftigung aber auch wahr, daß die ausländischen Beschäftigten meist Arbeiten übernahmen, für die sich keine deutschen Arbeitskräfte mehr finden ließen.¹³⁾, wobei die den "Gastarbeitern" zuge-wiesene Rollenverteilung den Einheimischen erst Möglichkeiten zur sozialen Mobilität bot.¹⁴⁾

Die ArbeitsmigrantInnen selbst hatten auf Grund ihres Informationsdefizits falsche und überzogene Vorstellungen über die Möglichkeiten eines befristeten Arbeitsaufenthaltes in der Bundesrepublik. Ihre Motive für den Wechsel in ein fremdes Land: der wirtschaftlichen Not (Arbeitslosigkeit) in der Heimat zu entgehen, ein höheres, sicheres Einkommen zu haben und dabei Geld ansparen zu können für die Zukunftssicherung der Familie durch den Aufbau einer gesicherten Existenz in der Heimat nach dem Arbeitsaufenthalt konnten meist nicht umgesetzt werden. Die Sparziele der MigrantInnen orientierten sich häufig nicht an den realen Lebenshaltungskosten.

Nachdem sich innerhalb von drei Jahren bis zum Herbst 1973 die Zahl der ausländischen Arbeitnehmer verdoppelt hatte (2.6 Millionen Erwerbstätige) verhängte die Bundesregierung im November 1973 einen Anwerbestop, mit dem man auf einfachem Wege einen weiteren Zuzug von Ausländern verhindern wollte. Diese Maßnahme erwies sich als Bumerang, denn langfristig - kurzzeitig nahm die Zahl der ausländischen Erwerbstätigen ab - hatte sie einen Anstieg der ausländischen Wohnbevölkerung bei gleichzeitigem Absinken der Beschäftigtenzahlen zur Folge. Die Option, in die Heimat zurückzukehren, um später evt. erneut zu einem Arbeitsaufenthalt in die Bundesrepublik zu kommen, fiel für die Arbeitsmigranten nun weg. Stattdessen kam es nun zu einem verstärkten Zuzug von Familienangehörigen. "Vom arbeitsmarktpolitischen Standpunkt betrachtet, war der Anwerbestopp damit kontraproduktiv."¹⁵⁾ Bereits zu Beginn der 80er Jahre wiesen namhafte Migrationsforscher darauf hin¹⁶⁾, daß die ausländische Wohnbevölkerung sich in einer

Einwanderungssituation befände und von staatlicher Seite entsprechende Maßnahmen eingeleitet werden müßten, um dieser Situation Rechnung zu tragen. Bis heute jedoch wird von offizieller Seite fortwährend für die Bundesrepublik der Status eines Einwanderungslandes geleugnet.¹⁷⁾

Vor dem Hintergrund der wachsenden Massenarbeitslosigkeit zu Anfang der 80er Jahre hatte die Bundesregierung im November 1983 das "Gesetz zur Förderung der Rückkehrbereitschaft ausländischer Arbeitnehmer" erlassen, mit dem man, z. B. arbeitslos gewordene Arbeitnehmer aus Ländern außerhalb der EG zur Rückkehr in die Heimatländer bewegen wollte. Abfindungen von 10.500 DM pro Arbeitnehmer plus 1.500 DM für Familienangehörige sollten dafür Anreize bieten.¹⁸⁾ Die Erfahrungen der Rückkehrerfamilien waren meist negativ, nur den wenigsten gelang es, eine gesicherte Existenz in der Heimat zu begründen - ganz abgesehen von den sozialen Problemen, die ein erneuter Wechsel des kulturellen Umfeldes mit sich bringt.¹⁹⁾

Noch frisch in Erinnerung dürften die administrativen Maßnahmen der letzten Jahre zur Vermeidung eines weiteren massenhaften Zuzugs in die Bundesrepublik sein (Novellierung des Ausländergesetzes 1990 und Änderung des Asylrechts 1993) und die sehr destruktiv geführte politische Diskussion darüber. Der jeweils unterschiedliche Status von Flüchtlingen (Asylbewerbern), Arbeitsmigranten, den sogenannten "deutschstämmigen" Aussiedlern und den bewußten Einwanderern - mit möglichen Überschneidungen - behindert eine vernunftbetonte Debatte. Entgegen der weitverbreiteten Annahme, die Einwanderung in die Bundesrepublik müsse schnell und langfristig unterbunden werden, ist nicht ernsthaft zu bezweifeln, daß die bundesrepublikanische Gesellschaft ein gewisses Maß an Zuwanderung aus wirtschaftlichen Gründen braucht. Es gilt bei den notwendigen Rahmenentscheidungen die Grundsätze der Humanität, der garantierten Bürgerrechte auch für Ausländer und zwar ohne Einschränkungen mit politischem Pragmatismus zu verbinden, d.h. nicht die völlige Öffnung der Grenzen zu vollziehen, sondern eine kontrollierte Einwanderung zu ermöglichen und schnellstens den rechtlichen Status der Migranten dem der deutschen Bevölkerung anzugleichen, denn "die Zeiten, in denen der Aufenthalt der ‚Ausländer‘ zur Disposition gestanden haben mag, sind schon lange und endgültig vorbei."²⁰⁾

II. TÜRKISCHE MIGRANTINNEN IM RUHRGEBIET

Wenn man vom Einwanderungsland Deutschland spricht, bzw. den Einwanderern, kommt der Gruppe der türkischen Staatsangehörigen eine besondere Bedeutung zu.²¹⁾ In den frühen 70er Jahren lösten sie die zunächst dominierenden Italiener und damaligen Jugoslawen, sowohl bei der Wohnbevölkerung als auch bei den Erwerbstätigen, als größte ausländische Minderheit in der Bundesrepublik ab. Von 2.700 im Jahre 1960 (= 0,4% der Gesamtzahl der Ausländer), über 469.200 im Jahre 1970 (= 15,8% der Gesamtzahl der Ausländer) und 1.077.100 (= 26,3% der Gesamtzahl der Ausländer) 1975, stieg ihre Zahl auf Bundesebene bis zum Ende des Jahres 1993 auf 1.918.395 (= 27,9% der Gesamtzahl der Ausländer = 6.878.117) an.²²⁾ In Nordrhein-Westfalen lebt mit 639.125 (31.12.92) mehr als ein Drittel der tür-kischen Wohnbevölkerung.²³⁾

Die Gruppe der TürKInnen weist im Vergleich zu anderen nationalen Migrantengruppen in der Bundesrepublik erhebliche Unterschiede und Besonderheiten auf. Im Ruhrgebiet ergeben sich durch die Größe der türkischen Wohnbevölkerung beispielhaft alle Konfliktlinien im Zusammenleben mit den Deutschen. Die über 35-jährige Geschichte der türkischen Migration hat auf beiden Seiten eine von Vorurteilen und Mißverständnissen geprägte Form des "Aneinandervorbeilebens" hervorgerufen, die befürchten läßt, daß ein Neuanfang in den Beziehungen zwischen Türken und Deutschen sehr schwierig einzuleiten sein wird. Auch wenn von wissenschaftlicher Seite eine intensive Auseinandersetzung mit der Problematik angeregt wird und im Bereich der Sozialarbeit und Sozialpädagogik²⁴⁾ schon lange die Bedeutung der türkischen Minderheit im Gesamtgefüge der Bevölkerung des Ruhrgebietes erkannt wurde, werden von Politik und Wirtschaft kaum ernste Anstrengungen unternommen, vernünftige Rahmenbedingungen zur Veränderung der Situation zu schaffen. Dem Ruhrgebiet ist mit dem notwendigen Strukturwandel - von der ehemals extremen Beschränkung auf den Montanbereich zu einer Verlagerung auf vielfältige Wirtschaftssektoren - eine große Aufgabe gestellt worden, die durch den Wegfall erheblicher Arbeitsplatzkontingente eine große soziale Unsicherheit hervorgerufen hat. Vor diesem Hintergrund potenzieren sich die Probleme der türkischen Bevölkerung erheblich, da erfahrungsgemäß die Akzeptanz von sozialen Minderheiten an die konjunkturelle Lage gebunden ist.²⁵⁾ Die türkische Bevölkerung in der Bundesrepublik und speziell im Ruhrgebiet ist zudem nicht als homogene Einheit zu verstehen, sondern zerfällt in viele soziale Gruppen,

mit jeweils anders gelagerten Problemen. Neben der ersten Generation der ArbeitsmigrantInnen aus den 60er und 70er Jahren leben inzwischen Türken der sogenannten zweiten Generation, die hier aufgewachsen sind und/oder geboren wurden, also ihren Lebensmittelpunkt eindeutig an Ruhr und Emscher haben und die Enkel der ersten bzw. die Kinder der zweiten Generation im Ruhrgebiet - denen die Türkei genauso fremd sein wird, wie anderen deutschen Kindern des selben Alters.²⁶⁾

II.1 Politik und Religion

Der Überwiegende Teil der türkischen MigrantInnen erlebt und verspürt seit der Wiedervereinigung (9. November 1989) einen abrupten atmosphärischen Kälteeinbruch in Deutschland. Je lauter das Wort "Deutschland" durch die Massenmedien hallt und je selbstverständlicher schwarzrotgoldene Embleme winken, desto größer ist das Unbehagen bei den Bürgern, die keinen deutschen Paß besitzen. Die Entwicklung von Abneigung der Einheimischen beunruhigt sie. In der Regel freuen sie sich über die Wiedervereinigung. Aber diese Freude vermischt sich mit einem Unbehagen, weil sie sich ausgeschlossen fühlen. Dieses Unbehagen ist noch zusätzlich mit der Sorge um den Arbeitsplatz und die Wohnung verbunden denn der überwiegende Teil insbesondere der Jugendlichen ist arbeitslos. Diejenigen, die eine Arbeit haben, werden nun von ihren deutschen Kollegen schief angeguckt. Zahlen und Prognosen helfen in einer Situation, in der das Schicksal durch die vielen arbeitslosen Bürger des Landes bedroht ist, kaum. Subjektiv haben sie das Gefühl, daß sie zu den sozialen und politischen Verlierern der Wiedervereinigung gehören. Politisch - so urteilte in Moers Barbara John, Ausländerbeauftragte des Senats Berlin, in einer Diskussion - sei die Luft aus dem Thema heraus. Das heiÙe, daß die Probleme der ArbeitsmigrantInnen ungelöst bleiben und die gesellschaftlichen Spannungen zunehmen werden. Die Ängste der ArbeitsmigrantInnen treten, insbesondere in Berlin, in den letzten Jahren deutlicher zutage. Dort geben vor allem Jugendliche an, nicht mehr nach Ostberlin zu fahren, weil sie die "ausländerfeindliche" Haltung der dortigen Deutschen als besonders stark erlebt hätten. In der Tat konnte man in den letzten Jahren eine Problematisierung beobachten, da besonders Jugendliche türkischer Herkunft auf "ausländerfeindliche" Tendenzen immer empfindlicher reagieren. Sie geraten immer wieder in gewalttätige Konflikte mit den gleichaltrigen Deutschen. Für viele der Jugendlichen ist die Sache klar: "Wiedervereinigung heißt, es wird schwieriger für uns werden aber wir werden uns auch verteidigen. Wir lassen uns doch nicht von Skinheads verprügeln"²⁷⁾ Da muß man eben eine Gruppe haben. Wir leben seit 20 Jahren hier. Schließlich sind wir hier geboren, aufgewachsen und wollen hier weiterleben. Uns kann niemand rausschmeiÙen. Unsere Heimat ist hier. Vielleicht wollen die unsere Rechte begrenzen, aber wir wollen unsere

Rechte haben. Wir sind doch keine Türken mehr, keine Deutsche, wir sind Türkendeutsche."²⁸⁾

Zu solchen ausländerfeindlichen Entwicklungen sagt Barbara John: "Ausländerpolitik war noch nie ein attraktives Thema. Was immer Sie entscheiden - von irgendeiner Seite beziehen Sie immer Prügel. Das wissen auch die Politiker, und deswegen drücken sie sich gern um das Thema. Und jetzt haben sie nicht einmal mehr ein schlechtes Gewissen dabei, weil sie andere Entscheidungen treffen können und diese auch mit Pomp in der Öffentlichkeit verkünden".²⁹⁾ Solche Entwicklung hat die qualitative Bedeutung, daß besonders die ausländischen Jugendlichen, hier Türken, immer häufiger in handgreifliche Konflikte geraten, weil sie mit einem anderen Selbstbewußtsein als ihre Eltern und (inzwischen auch) Großeltern auf Diskriminierung reagieren.

Mittlerweile ist bei vielen türkischen Jugendlichen, als Reflex auf die abweisende bis feindselige Haltung der deutschen Bevölkerung, eine irrationale Hinwendung zu einer bewußten und Überbetonten türkischen nationalen Identität zu bemerken.³⁰⁾

Die Mehrheit der türkischen MigrantInnen in der Bundesrepublik wird durch parlamentarisch-demokratische Selbstorganisationen vertreten, wie den immer zahlreicher werdenden türkischen Gemeinden, der Föderation sozialdemokratischer Vereine, der Föderation der Immigrantenvereine aus der Türkei, der Föderation türkischer Elternvereine oder inzwischen auch durch Mittelstandsorganisationen.³¹⁾

Eine große Zahl der gläubigen Muslime unter den türkischen MigrantInnen hat sich bundesweit in ca. 1.200 Moscheegemeinden organisiert (allerdings unter Bezeichnungen wie "Islamischer Kulturverein" oder "Islamisches Kulturzentrum") wovon etwa 1.000 der sunnitischen Glaubensrichtung zuzuordnen sind und ca. 200 der alevitischen Richtung.³²⁾

Eine der ersten Moscheen im Ruhrgebiet wurde 1973 in Duisburg-Hamborn eingerichtet. Der Initiator Özaj Hüsegin sagte damals:

"Hier leben sehr viele Türken mit ihren Familien. Wir arbeiten in verschiedenen Unternehmen. Ein solches kulturelles Zentrum ist nicht nur Mittelpunkt unseres religiösen Lebens, sondern auch Treffpunkt der Landsleute. Nicht jeder kann sich so schnell in Deutschland einleben. Auf diese Weise können wir mithelfen: Wir pflegen unser heimisches Brauchtum, geben den ‚Neuen‘ ein Gefühl der Zusammengehörigkeit und können ihnen zugleich helfen, mit dem für sie noch ungewohnten Leben in Deutschland besser fertig zu werden. Dieses Zentrum ist also nicht dazu da, damit sich meine Landsleute abkapseln - im Gegenteil: Von hier aus können sie manche Hilfen mitnehmen für ihr tägliches Leben."³³⁾

In den vergangenen 20 Jahren hat sich gezeigt, daß diese Zielsetzung nicht umgesetzt werden konnte und daß der Wunsch vieler Türken, ihre Religion in tradierter Form zu leben, die Kommunikation mit der deutschen Bevölkerung erschwert und genau diese Abkapselung eingetreten ist, die verhindert werden sollte.

Die radikalen oder als fundamentalistisch zu bezeichnenden türkischen Religionsgruppierungen mit explizit antipluralistischen Zielsetzungen scheinen in der Bundesrepublik bei der türkischen Bevölkerung verstärkt neue Mitglieder rekrutieren zu können. Da die notwendige differenzierende Diskussion dieser Thematik durch allgemeine politische Postulate erheblich erschwert wird, fehlt es an wissenschaftlicher Literatur, die diesen lediglich als These zu formulierenden "Re-Islamisierungsprozeß" der Türken beschreibt und kommentiert.

Als 1994 im Essener Stadtteil Kray verschiedene türkische islamische Gruppen die evangelische Kirchengemeinde beim Kauf des örtlichen Bahnhofsgebäudes überboten und in der Lokalpresse Meldungen von der geplanten Umwandlung des alten Bahnhofs in eine Moschee erschienen, waren viele deutsche Bewohner des Stadtteils irritiert und verängstigt. Der katholische Pfarrer des Ortes zeigte sich in gewisser Weise an dieser Entwicklung nicht interessiert. Er bestätigte die Vermutung, daß die geplante Moschee für Unruhe unter den Krayern gesorgt hätte, glaubt aber nicht an evt. gewalttätige Übergriffe von deutschen Jugendlichen des Ortes, die oftmals mit rassistischem und quasi faschistischem Gedankengut infiltriert sind. Eine Vertreterin der ev. Kirchengemeinde schätzt die Zusammenarbeit mit den Moslems des Stadtteils als allgemein gut ein, wenn auch die Kommunikation im Rahmen des Unverbindlichen in der Form von Höflichkeitsbesuchen verbleibe. Die Jugendarbeit der Gemeinde im Stadtteil zeige in der Tat ein hohes Konfliktpotential unter den Jugendlichen, das auch durch die vorhandene Antipathie zwischen den verschiedenen ethnischen Gruppen kanalisiert werden könnte. Diese lebten fast völlig aneinander vorbei, ein Austausch von soziokulturellen Identitäten sei nicht erwünscht.

Erklärtes Ziel der Moscheebetreiber, die nach Einschätzung des "Zentrums für Türkeistudien" nicht zu den Fundamentalisten zu zählen sind, ist es, den Dialog zu den Christen zu suchen, gemeinsame Veranstaltungen z.B. zu organisieren. Die evangelische Kirchengemeinde hätte in dem Gebäude eine Art Kulturzentrum des Stadtteils eingerichtet. Es bleibt abzuwarten, ob die muslimische Gemeinde wirklich den Versuch unternimmt, die deutsche Bevölkerung über das Niveau von Alibiveranstaltungen hinaus, anzusprechen. Die Moschee wird durch ihre Größe und die Absicht der Betreiber eine zumindest regionale Bedeutung erhalten, es bleibt abzuwarten, ob sie für den Stadtteil eine integrale oder spaltende Funktion übernehmen kann.

Im Nachbarstadtteil Katernberg brannte im März 1995 die Moschee der dortigen Gemeinde nach einem Brandanschlag, der nicht aufgeklärt werden konnte, völlig aus. Vor dem Hintergrund von Hoyerswerda, Mölln, Solingen ect. fühlen viele Türken eine große Ohnmacht, die wiederum einen Radikalisierungsprozeß, gerade unter türkischen Jugendlichen, provozieren könnte.

Im Unterschied zu den "unauffällig" lebenden anderen nationalen Minderheiten haben die Türken nach dem Familienzuzug in den 70er Jahren vielfach damit begonnen, eigenständige abgeschottete Milieus herauszubilden. Die räumliche Bindung an die An-werbebetriebe, die Wohnungen in Werkssiedlungen bereitstellten, bzw. die ehemals festzustellende Bevorzugung billigen Wohnraums seitens der Türken, führten in einigen Stadtteilen und Wohnvierteln zu einer regelrechten Ghettoisierung.³⁴⁾ Es ist nicht von der Hand zu weisen, daß der soziale und kulturelle Unterschied zur einheimischen Bevölkerung und die eine Eigendynamik entwickelnde Geschichte der Einwanderung der Türken spezifische Probleme hervorgerufen hat.

Ein weiteres Indiz für die eingetretene Isolation der türkischen Minorität ist ihr Medienverhalten.³⁵⁾ Die überwiegende Mehrheit der türkischen EinwanderInnen bedient sich der in Deutschland zu erreichenden Medien aus der Türkei.³⁶⁾ Da der meistgesehene (staatliche) türkische Fernsehsender - inzwischen über Satellit und Kabel mit einer großen Reichweite ausgestattet - TRT-INT nur in geringem Maße deutschlandspezifische Beiträge sendet - ebenso die meist in den offenen Kanälen zu findenden kleinen Privatsender - wird das Informationsdefizit der TürkinInnen über die Lage in der Bundesrepublik immer größer. Lediglich der kleine türkisch-deutsche Sender AYPATV in Berlin bildet eine Ausnahme, da er den Schwerpunkt seiner Berichterstattung auf die Probleme der Migranten in Berlin gelegt hat.

Die Auflagenhöhe der in Deutschland erscheinenden türkischen Zeitungen liegt nach eigenen Angaben zwischen 165.000 und 196.000 täglich. Der Situation in der Türkei entsprechend hält dabei Hürriyet mit 72.000 die Spitzenstellung vor Türkiye mit 50.000, es folgen Tercüman mit 19.000 und Milliyet mit 18.000. Lediglich Hürriyet und Milliyet bieten ihren Lesern im Ruhrgebiet einen Deutschlandteil mit speziellen Berichten aus dem Rhein-Ruhrgebiet. Eine Befragung von 1.380 türkischen Haushalten im Dezember 1993 hat ergeben, daß 64,3% mehrmals in der Woche und 16,7% mehrmals im Monat eine Zeitung lesen - nach einer Untersuchung in der Türkei auf der Grundlage von 18.566 befragten Haushalten zählen sich nur knapp 30% der TürkinInnen zu regelmäßigen Zeitungslesern.³⁷⁾

Das scheinbare Desinteresse an den politischen und sozialen Vorgängen in der Bundesrepublik kann auch und nicht zuletzt als Reaktion auf die - durch das Ausländerrecht erzwungene - formale Ausgrenzung der türkischen Bevölkerung interpretiert werden.

Noch am ehesten ist es einigen deutschen Gewerkschaften seit Beginn der Arbeitsmigration gelungen, die Migranten in ihre Aufgabenstellung einzubeziehen.³⁸⁾ Bei Spaniern und Griechen ist der Organisationsgrad mit ca. 50% am höchsten, Türken und Italiener sind dagegen nur zu 30% in den Gewerkschaften vertreten.³⁹⁾

Die Zahl der ausländischen Betriebsräte hat sich seit 1972 von 3.824 auf 8.381 im Jahre 1990 erhöht, also mehr als verdoppelt, trotzdem sich die Zahl der ausländischen Beschäftigten von ca. 2,4 auf 1,9 Millionen verringerte. Dennoch ist die Zahl der Betriebsräte

unter den Ausländern gemessen an ihrem Anteil an der Gesamtzahl der Beschäftigten immer noch geringer.⁴⁰⁾

Im Ruhrgebiet haben vor allem IG Metall und IGBE unter den Türken einen hohen Organisationsgrad erreicht. Die IG Metall hatte auf Bundesebene bereits 1961 das "Referat Ausländische Arbeitnehmer" eingerichtet und ein Jahr später (1962) erstmals ausländische Vertrauensleute als Beobachter beim Gewerkschaftstag zugelassen; 1968 beschloß man die Vergrößerung des "Referates Ausländische Arbeitnehmer" und die Umwandlung in eine eigenständige Abteilung und 1983 einigte man sich auf dem 14. Gewerkschaftstag über die Einrichtung von "Ausschüssen ausländischer Arbeitnehmer". Auf dem letzten Bundeskongreß der Gewerkschaft wurde ein Deutscher türkischer Herkunft gegen den Willen des bisherigen Vorstandes in den Vorstand gewählt.

Leider war es nicht möglich, statistische Angaben über den Organisationsgrad der Türken im Ruhrgebiet zu bekommen.⁴¹⁾ Nach Einschätzung von Vertretern der Essener IG-Metall ist aber der Anteil der Türken rückläufig. Die Resonanz auf spezielle Angebote für Ausländer nehme ab, es gäbe eine Tendenz zu einer eigenständigen Interessenvertretung. Die ausländischen Funktionsträger wollen von ihrem Ausländerstatus nichts wissen und einfach nur Gewerkschaftsarbeit leisten.

Die Bedeutung der IGBE für die türkischen Beschäftigten wird im Kapitel über den Bergbau ausführlich behandelt. In der ÖTV sind die Türken trotz der hohen Beschäftigtenzahlen im Vergleich zum Bergbau und der Stahlindustrie nicht repräsentativ vertreten.

III. TÜRKISCHE MIGRANTINNEN IN ESSEN

Im Vergleich zu den anderen bundesdeutschen Großstädten mit einer Einwohnerzahl von über 500.000 - mit Ausnahme der Stadtstaaten Bremen und Hamburg - ist der Anteil nichtdeutscher Einwohner mit 8,7% (Stand: Dezember 1992) an der Gesamteinwohnerzahl in Essen extrem niedrig. In Frankfurt, Stuttgart und München beispielsweise liegt der Anteil bei über 20%. Seit über zwanzig Jahren bereits hat sich an dieser Situation nichts geändert.

Abb. 1A

Türkische Wohnbevölkerung in Essen am Ort der Hauptwohnung

1950	-13	1973	-7.684
1951	-11	1974	-8.574
1952	-4	1975	-8.850
1953	-8	1976	-9.209
1954	-8	1977	-9.487
1955	-15	1978	-9.951
1956	-26	1979	-10.918
1957	-35	1980	-12.245
1958	-46	1981	-12.731
1959	-31	1982	-12.832
1960	-54	1983	-12.707
1961	-163	1984	-11.906
1962	-60	1985	-12.178
1963	-1.525	1986	-12.599
1964	-2.695	1987	-13.038
1965	-2.377	1988	-13.546
1966	-1.979	1989	-14.262
1967	-1.391	1990	-15.091
1968	-1.611	1991	-15.748
1969	-2.521	1992	-16.525
1970	-4.419	1993	-17.047
1971	-5.528	1994	-17.506
1972	-6.478		

Quelle: Amt für Wahlen und Statistik der Stadt Essen

Während außerhalb des Ruhrgebietes besonders in den Jahren 1962-1972 ein hoher Anstieg der Migrantenzahlen zu verzeichnen war (in Frankfurt z.B. erhöhte sich die Zahl der AusländerInnen in dieser Zeit um + 9,6%, in Essen nur um + 2,5%), gab es in Duisburg und

Dortmund im Zeitraum 1972-1982 mit +5,0% und +3,9% die stärksten Zuwachsraten innerhalb des Ruhrgebietes. In Essen allerdings betrug der Anstieg der ausländischen Bevölkerung auch in dieser Dekade nur +2,6%. In absoluten Zahlen stieg der Anteil der nichtdeutschen Wohnbevölkerung zwischen 1972 und 1982 in Essen von 30.988 auf 38.953, in Duisburg von 36.093 auf 71.454 und in Dortmund von 34.203 auf 54.945. Zwischen 1982 und 1992 stieg die Zahl in Essen auf 55.053, in Duisburg auf 82.798 und in Dortmund auf 65.967.⁴²⁾ In Mülheim/R. sank in den Jahren 1990 bis 1993 die Zahl der AusländerInnen von 16.129 auf 15.595, wobei dies im Vergleich zum Jahr 1993 bereits wieder einen Anstieg um 1.009 Zugezogenen bedeutet, die Zahl der türkischen Staatsangehörigen erhöhte sich im selben Zeitraum stetig von 5.214 im Jahre 1990 auf 5.721 im Jahre 1993, das sind 38,1% an der Gesamtzahl der Nicht-Deutschen in Mülheim/R und 3,22% der Gesamtbevölkerung.⁴³⁾ Der Anteil der türkischen Staatsangehörigen an der Gesamtbevölkerung in Essen betrug 1972 0,95% (= 6.478), 1982 1,99% (= 12.851) und 1992 2,5% (= 15.748 = 30% aller Nichtdeutschen).

Abb. 1B

Anteil der türkischen Staatsangehörigen an der Essener Gesamtbevölkerung von 1960 bis 1984

Jahr	Gesamt völkerung		Nicht deutsche Türken		
	abs. in				
1960	724.209	9.250	54	0,00	
1961	729.634	13.047	163	0,02	
1962	731.220	14.907	600	0,08	
1963	730.970	17.350	1.525	0,21	
1964	730.598	19.913	2.695	ü,37	
1965	727.460	20.925	2.377	0,33	
1966	719.348	19.485	1.979	0,28	
1967	709.423	16.405	1.391	0,20	
11968	704.948	18.445	1.611	0,23	
1969	702.615	21.800	2.521	0,36	
1970	696.733	26.373	4.419	0,63	
1971	693.285	28.896	5.528	0,80	
1972	684.754	30.988	6.478	0,95	
1973	677.148	33.540	7.684	1,13	
1974	669.138	34.173	8.574	1,28	
1975	681.494	35.249	8.850	1,30	
1976	674.030	35.251	9.209	1,37	
1977	668.458	35.026	9.487	1,42	

1978	663.677	35.831	9.951	1150
1979	658.901	37.769	10.918	1,66
1980	653.819	36.913	12.245	1,87
1981	650.293	38.583	12.731	1,96
1982	647.376	38.017	12.832	1,98
1983	634.424	35.536	12.707	2,00
1984	627.283	35.001	11.906	1,90

Quelle: Stadt Essen

III.1 Wohnschwerpunkte der Türken in Essen

Bei genauerer Betrachtung der räumlichen Verteilung in der Stadt fällt auf, daß 6.726 der türkischen Haushalte im Norden der Stadt (= Stadtbezirke I, III, IV, V, VI, VII) und nur 504 Haushalte im Süden der Stadt (= Stadtbezirke II, VIII, IX) zu finden sind (Stand: 31.12.1993.). In den Stadtteilen Katernberg (Anteil der Nichtdeutschen = 16,21%; Türken = 10,17%), Karnap (Anteil der Nichtdeutschen = 11,35%; Türken = 6,61%), Altendorf (Anteil der Nichtdeutschen = 14,93%; Türken = 6,10%) und Altenessen- Nord (Anteil der Nichtdeutschen = 14,59%; Türken = 6,64%) hat die türkische Wohnbevölkerung eine Stärke erreicht, die mit der in den anderen Städten des Ruhrgebietes vergleichbar ist (Stand: 12/92). Im Süden der Stadt leben hingegen in einigen Stadtteilen keine bzw. wenige türkische Staatsangehörige.⁴⁴⁾

Abb. 2

Türkische Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung nach Geschlecht

Geschlecht	1983			1987			1993		
	Stadt Norden Süden			Stadt Norden Süden			Stadt Norden Süden		
männlich	7.176	6.540	1.126	7.195	6.646	549	9.080	8.458	622
weiblich	5.531	5.041	490	5.843	5.415	428	7.967	7.451	516
Gesamt	12.707	11.581	1.126	13.038	12.061	977	17.047	15.909	1.138

Quelle: Amt für Wahlen und Statistik der Stadt Essen

Abb. 2B**Türkische Haushalte in Essen**

Gebiet	Mit Kindern Dav. Allein erziehend	Ohne Kind	Gesamt
	(Stand: 31.12.1983)		
Norden	2.115 180	1.928	4.034
Süden	205 26	241	446
Stadt	2.320 206	2.169	4.489
	(Stand: 31.12.1987)		
Norden	2.180 176	2.433	4.613
Süden	167 14	267	434
Stadt	2.347 190	2.700	5.047
	(Stand: 31.12.1993)		
Norden	2.869 213	3.857	6.726
Süden	194 26	310	504
Stadt	3.063 239	4.167	7.230

Quelle: Amt für Wahlen und Statistik der Stadt Essen und eigene Berechnungen

Da sich in den o.g. Stadtteilen wiederum Wohnschwerpunkte der türkischen Bevölkerung entwickelt haben, kann man von ghettoähnlichen Stadtvierteln sprechen, in denen ein großer Teil der Essener Türken lebt. So ergab sich für das Jahr 1984 in einigen Stadtteilbereichen von Katernberg ein Ausländeranteil von 20%, (in der überwiegenden Mehrheit handelte es sich dabei um MigrantInnen türkischer Nationalität). Innerhalb dieser Stadtteilbereiche lebten wiederum 68% aller ausländischen Bewohner auf fünf Wohnblöcke verteilt.⁴⁵⁾

Neueste Zahlen (Stand: Dezember 1994) ergeben, daß der Anteil der Nichtdeutschen bei einer Gesamteinwohnerzahl von 24.000 im Stadtteil bei 17% liegt (Gesamtstadt = 9%), wovon 66% türkischer Herkunft sind (32% = Gesamtstadt). 19% (15%) der Bewohner Katernbergs sind unter 18 Jahre alt, bei der nichtdeutschen Bevölkerung sind es jedoch 35% (28%). Mit 10% der EinwohnerInnen im Alter von 15-64 Jahren gibt es im Vergleich zur Gesamtstadt (8%) 2% mehr Arbeitslose im Stadtteil, darunter sind 40% länger als ein Jahr arbeitslos. Besonders eklatant ist die besonders hohe Zahl der Sozialhilfeempfänger. Auf laufende Hilfe zum Lebensunterhalt (Stand: Dezember 1991) sind 13% der Bevölkerung im Vergleich zu 6% in der Gesamtstadt angewiesen, darunter sind 23% Kinder und Jugendliche unter 18 Jahren (14% in der Gesamtstadt).⁴⁶⁾ Fast 90% der türkischen Einwohner Katernbergs lebten Anfang der 80er Jahre in Werkswohnungen der Ruhrkohle.

Abb. 3

Altersstruktur der türkischen Bevölkerung am Ort der Hauptwohnung

Altersgruppen	1983			1987			1993		
	Stadt	Norden	Süden	Stadt	Norden	Süden	Stadt	Norden	Süden
0 - 14 J.	4.918	4.537	381	4.337	4.052	285	4.930	4.591	339
15 - 29 J.	3.416	3.066	350	4.277	3.963	314	6.374	6.026	348
30 - 44 J.	3.041	2.799	242	2.554	2.358	196	2.709	2.473	236
45 - 57 J.	1.273	1.130	143	1.724	1.567	157	2.446	2.291	155
58 - 64 J.	34	30	4	112	96	16	507	456	51
ab 65 J.	25	19	6	34	25	9	81	72	9
Gesamt	12.707	11.581	1.126	13.938	12.061	977	17.047	15.909	1.138

Quelle: Amt für Wahlen und Statistik der Stadt Essen

Obwohl man einem möglichen Ghettoisierungsprozeß durch rechtzeitige Maßnahmen entgegensteuern kann, bleibt festzustellen, daß dies in der Vergangenheit aus nicht klar zu benennenden Gründen unterlassen wurde. Die Segregation von nationalen/ethnischen Gruppen beginnt in den Einzelhäusern und ist ein wechselseitiger Prozeß, bei dessen Bewertung zunächst eine Schuldzuweisung unsinnig ist. Es hat sich gezeigt, daß deutsche Mieter einzelne türkische Familien als Nachbarn durchaus akzeptieren, wenn bestimmte Anpassungsleistungen erbracht werden. Eine plötzliche Konfrontation mit einer größeren Zahl türkischer Mieter führt fast immer zum Rückzug der deutschen Mieter, die objektiv und/oder subjektiv zur massiven Anpassung in ihren Lebensgewohnheiten gezwungen wären. Eine starke, dominierende türkische Nachbarschaft reagiert zudem erfahrungsgemäß mit negativen Sanktionen auf eingliederungswillige Landsleute. Die in einer 1986 im Auftrag der Ruhrkohle AG erstellten Studie⁴⁷⁾ ermittelte Bereitschaft der TürkInnen, die Nähe zur deutschen Nachbarschaft zu suchen⁴⁸⁾, kollidiert mit der tatsächlich stark ausgeprägten Neigung, die fremden Kulturformen der Deutschen abzulehnen. Erschwerend kommt hinzu, daß sich nun deutlich die Fehler und Versäumnisse der deutschen Politik in Bezug auf die Migrationsfrage negativ auswirken. Es sind Tatsachen geschaffen worden, die eine Umkehr kaum möglich erscheinen lassen. Die als Folge der erlebten Repressalien und der Ablehnung durch die Deutschen entstandenen Milieus werden für lange Zeit das Zusammenleben zwischen Deutschen und Türken bestimmen.

III.1.1. Das Beispiel Katernberg Beisen

Im Juni 1981 beauftragte der Rat der Stadt Essen den Kommunalverband Ruhrgebiet (KVR) mit der Erstellung eines "Handlungsprogramms zur Integration der ausländischen Bevölkerung in Katernberg-Beisen"⁴⁹⁾ mit folgenden Aufgabenstellungen:

- "- Analyse der Stadtteilstruktur auf dem Hintergrund der Integrationsproblematik, Siedlungsstruktur, Bevölkerungsstruktur, Lebenslage der deutschen und ausländischen Bevölkerung.
- Entwicklung eines Programms stadtteilbezogener sozialer Arbeit mit deutschen und ausländischen Bewohnern.
- Vorschläge zur weiteren Gestaltung der kommunalen Ausländerpolitik in Katernberg-Beisen."⁵⁰⁾

Daraus ergaben sich zwei Arbeitsschwerpunkte: zum einen wollte der KVR die "Ausländerproblematik in Katernberg-Beisen unter dem Aspekt der Stadtentwicklung" aufarbeiten zum anderen wurde die Universität Essen vom KVR beauftragt, eine stadtteilbezogene Sozialarbeit aufzubauen, um die Beziehungen zwischen Deutschen und Ausländern im Stadtteil langfristig zu verbessern.⁵¹⁾

Man ging davon aus, daß der Substadtteil Beisen als Modell für weitere Essener Stadtteile wie Karnap, Altenessen-Nord oder auch für die Situation in anderen Ruhrgebietsstädten gelten kann.⁵²⁾

Heute ist die Sozialarbeit in Beisen eingebettet in die "Projekte Stadtteilbezogener Sozialer Arbeit in Essen" auf der Grundlage eines Kooperationsrahmenvertrags zwischen dem "Institut für Stadtteilbezogene Soziale Arbeit und Beratung" (ISSAB) der Uni-versität GH-Essen und der Stadt Essen, integriert in das Stadtteilentwicklungsprojekt Katernberg, vor Ort, in Beisen, in das sogenannte "Holzhaus" Anlaufstelle für die Bürger. Getragen wird das Holzhaus vom ISSAB, der Stadt Essen, der AWO Essen und seit 1993/94 auch von der Ev. Kirchengemeinde Katernberg. Durch diese Konstruktion ist die Größe und Zusammensetzung des MitarbeiterInnenstabes ständigen Veränderungen unterzogen. Eine feste Planstelle für eine türkische Mitarbeiterin oder einen türkischen Mitarbeiter wird für die nahe Zukunft angestrebt.

Die Erfahrungen der letzten 12 Jahre ergaben für die SozialarbeiterInnen, daß der Ansatz einer ausländerspezifischen Sozialarbeit eher kontraproduktiv wirkt. Deshalb sind alle der Integration der türkischen Bewohner dienenden Maßnahmen in das allgemeine Projektangebot für den Stadtteil eingebunden. Zu den laufenden Aktivitäten im Projekt Katernberg, die allein die türkische Minderheit ansprechen, gehören:

- Stabilisierung der türkischen Organisationsstruktur im Stadtteil
- Deutschkurs für türkische Frauen
- Türkisches Frauenfrühstück

III.2. Schule und Ausbildung

Die Wohnschwerpunkte der türkischen Bevölkerung zeichneten sich in der Vergangenheit und noch heute dadurch aus, daß die Infrastruktureinrichtungen, wie Kindergärten, Schulen, Freizeitstätten etc., nicht den zweifellos vorhandenen Bedürfnissen entsprechen - also die dort lebende Bevölkerung im Vergleich zu anderen Stadtteilen benachteiligt.⁵³⁾

Die Betreuung der türkischen Kinder im Vorschulalter gestaltet sich äußerst schwierig. Nach der weitverbreiteten tradierten Auffassung vieler türkischer Eltern sind Kindergärten "Aufbewahrungsstätten" für Elitekinder und die Aufgabe der Kindeserziehung grundsätzlich Teil der familiären Fürsorge. Der allgemeine Mangel an Kindergartenplätzen hat dann zur Folge, daß türkische Familien in der Summierung ihrer subjektiven Vorbehalte und der objektiven Schwierigkeiten von der Unterbringung ihrer Kinder in Kindergärten und Kindertagesstätten Abstand nehmen.⁵⁴⁾

Gerade diesen Einrichtungen käme jedoch bei der Vorbereitung auf die Schule, z.B. dem Ausgleich von oftmals vorhandenen Sprachdefiziten, große Bedeutung zu. Auch hier wird das ambivalente Verhältnis der beiden Bevölkerungsteile, der deutschen Mehrheit und der türkischen Minderheit, überdeutlich - zu Lasten der Kinder. Den deutschen Einrichtungen fehlen, nicht zuletzt durch die Finanzmisere der Kommunen und Kirchen⁵⁵⁾, die Voraussetzungen, um eine gewisse Anpassungsleistung zu erbringen und den türkischen Eltern häufig die Bereitschaft/Einsicht, ihren Kindern den Weg in die deutsche Gesellschaft zu erleichtern und zunächst, wegen ihrer mangelnden Sprachkenntnisse, die Voraussetzung zur Kommunikation.⁵⁶⁾ In einem Entwurf für ein Entwicklungskonzept der Stadt in Katernberg heißt es:

"Es ist bekannt, daß in bestimmten Stadtteilen, in denen der Ausländeranteil hoch ist, die Versorgung der ausländischen Kinder im Kindergartenbereich nicht ausreichend ist. Besonders in Katernberg-Beisen, wo die Kinderzahl bei ausländischen Familien weiter steigt, ist die Situation kritisch. Fast alle ausländischen Kinder sind in den Kindergärten ange- meldet und warten jahrelang auf einen Platz.

Kinder, die ohne Kindergartenbesuch eingeschult werden, haben infolge dieser Benach- teiligungen in den ersten Schuljahren große Schwierigkeiten."⁵⁷⁾

Mit einer gezielten "Einschulungshilfemaßnahme" soll deshalb den ausländischen Kindern das für den "Schuleintritt notwendige Sprachverständnis, Sozialverhalten und Umweltverständnis teilweise in dieser kurzen Zeit vermittelt werden."⁵⁸⁾

Trotz aller Schwierigkeiten werden inzwischen rund die Hälfte der türkischen Kinder im Vorschulalter in den Kindergärten der Stadt betreut. Während 1979 von den 1.054 türkischen Mädchen und Jungen 216 den Kindergarten besuchten, was einer Quote von 20,5%

entspricht, wurden 1990 von 859 Kindern in der Stadt 419 und 1994 von 1.230 ca. 599 Kinder im Kindergarten betreut, was jeweils einem Anteil von 48,7% entspricht.⁵⁹⁾

Abb. 4

Betreuung der türkischen Kinder im Kindergartenalter in Essen

Stand	3-6 jährige türkische Kinder	davon im Kindergarten betreut	Anteil in %
1979	1.054	216	20,5
9/1980	1.096	254	23,2
1982	919	302	32,9
12/1985	842	280	33,3
12/1986	765	335	43,7
12/1987	741	357	48,2
12/1988	689	358	51,9
12/1989	757	395	52,1
12/1990	859	419	48,7
12/1994	1.230	ca. 599	48,7

Quelle: Stadt Essen

Im Schulalter finden die spezifischen Probleme der türkischen MigrantInnenkinder ihre entsprechende Fortsetzung. Obwohl in der Zielsetzung die Schule der Ort ist, an dem Integrationsprozesse umgesetzt werden müssen, so ist diese Vorgabe durch die schlechten Grundvoraussetzungen der Schüler und die Überlastung/Überforderung der Lehrerschaft bisher nicht annähernd erreicht worden. 1994 besuchten von der Gesamtzahl der türkischen SchülerInnen (= 3.430) 1.330 die Grundschule, 705 die Hauptschule, 220 die Realschule, 636 die Gesamtschule, 255 Sonderschulen und nur 284 SchülerInnen das Gymnasium. Die türkischen Jugendlichen sind durch ihre schlechte schulische Ausbildung - unabhängig von der zu konstatierenden Diskriminierung, die nicht empirisch verifizierbar ist - verstärkt von der sich extrem verschlechternden Ausbildungsplatzsituation betroffen.⁶⁰⁾

Von Seiten des Arbeitsamtes wird diese Aussage relativiert. Es sei eine veränderte Einstellung bei vielen türkischen Eltern festzustellen, die Kinder in qualifizierten Berufen ausbilden zu lassen - und zwar ohne Unterschied bei weiblichen und männlichen Jugendlichen. Diejenigen türkischen Eltern, die eine Abgrenzung von der deutschen Gesellschaft bevorzugen, bzw. nie eine Annäherung gewollt haben, belasten hingegen stärker oder auffälliger als früher ihre Kinder mit Verboten. Vor allem sei die ghettoähnliche Wohnsituation mit den beschriebenen Konsequenzen für viele Jugendliche ein Hemmschuh beim Versuch, eine qualifizierte Schul- und Berufsausbildung zu erhalten. Die unfreiwillige oder auch gewollte Isolation hat häufig zur Folge, daß elementare deutsche Sprachkenntnisse nicht erlangt werden, womit die Grundvoraussetzung für den Einstieg in den deutschen Arbeitsmarkt nicht gegeben ist.

Abb. 5**Ausländische SchülerInnen nach Schulformen in Essen**

Schuljahr	Grundschule G T	Hauptschule G T	Realschule G T	Gymnasien G T	Gesamtschulen* G T	Sonderschulen G T	Schüler insgesamt G T
1976/77	2124 990	1063 344	112 6	321 32	-- --	111 37	3731 1409
1977/78	2193 1099	1156 499	160 15	374 72	-- --	135 54	4018 1739
1978/79	2363 1283	1295 641	157 24	381 68	-- --	185 91	4381 2107
1979/80	2677 1544	1444 769	181 38	452 95	-- --	232 118	4986 2564
1980/81	2875 1696	1807 1129	219 45	497 121	62 23	296 167	5756 3181
1981/82	3041 1804	1998 1325	249 51	587 122	105 46	330 204	6301 3552
1982/83	3205 1938	2108 1405	285 68	650 158	136 68	348 224	6732 3861
1983/84	2967 1788	2177 1453	340 91	688 158	187 113	385 249	6744 3852
1984/85	2749 1593	2039 1315	365 115	700 164	250 152	419 262	6523 3601
1985/86	2512 1411	2026 1328	415 134	779 210	293 191	322 268	6447 3542
1986/87	2595 1326	2041 1271	447 159	841 225	389 239	461 279	6774 3499
1987/88	2678 1286	2077 1225	495 184	853 231	440 284	470 286	7013 3506
1988/89	2732 1274	2126 1248	527 206	895 247	523 325	511 288	7314 3588
1989/90	2748 1261	2117 1203	515 192	952 268	626 370	551 294	7509 3588
1990/91	2905 1198	2139 1061	517 185	979 281	738 407	597 276	7875 3408
1991/92	3127 1210	1982 984	528 188	957 275	891 480	623 293	8108 3430
1992/93	3372 1186	1925 884	539 208	990 283	1026 543	675 284	8527 3388
1993/94	3415 1239	1744 814	537 204	1016 279	1188 599	734 302	8634 3437
1994/95	3521 1332	1590 708	549 202	1051 283	1293 634	760 285	8764 3444

* = (einschließlich Waldorfschule)

G = Gesamtzahl der ausländischen SchülerInnen

T = türkische SchülerInnen

Quelle: Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik des Landes Nordrhein-Westfalen

Nach Auskunft des Essener Arbeitsamtes ist der Ausbildungsstand der türkischen Jugendlichen aber auf dem Weg zur Normalität. So entspricht im Bereich des Handwerks der Anteil der ausländischen Auszubildenden dem Anteil der Ausländer der entsprechenden Altersgruppen an der Gesamtbevölkerung.⁶¹⁾

Insgesamt hatten sich im Zeitraum von Oktober 1994 bis Mitte Mai 1995 736 Ratsuchende türkischer Nationalität bei der Berufsberatung des Essener Arbeitsamtes vorgestellt, davon waren 289 konkret Bewerber um einen Ausbildungsplatz, zum angegebenen Zeitpunkt waren noch 164 unvermittelt.

Im Verhältnis zu den Ausbildungswünschen der deutschen Jugendlichen sei bei den türkischen Bewerberinnen immer mehr eine Angleichung festzustellen. Bestimmte Berufe wie FriseurIn, MalerIn und LackiererIn und Bäcker seien äußerst unbeliebt. Die Berufe werden kaum noch nach dem Kriterium einer möglichen späteren Ausübung in der Türkei

ausgewählt - ein weiteres Indiz für die inzwischen selbstverständliche Bindung an Deutschland als Heimatland.

Die Stadt Dortmund hingegen konstatierte in einer Pressemitteilung im Februar 1995⁶²⁾: "Für ausländische Jugendliche ist es nach wie vor problematischer als für deutsche Gleichaltrige einen Ausbildungsplatz zu finden." Aus diesem Grunde unternahm das Schulverwaltungsamt der Stadt in Zusammenarbeit mit der lokalen Industrie- und Handelskammer unter Federführung der "Regionalen Arbeitsstelle für Kinder und Jugendliche" (RAA) seit 1987 unter dem Motto "Ausländische Selbständige bilden aus" den Versuch, türkische Unternehmer verstärkt in die Ausbildung ihrer jungen Landsleute einzubinden. Auf diesem Wege begannen seit 1987 150 türkische Jugendliche eine Ausbildung, von denen bis Anfang 1995 114 bereits ihren Abschluß erreicht hatten. Zur Zeit bilden 43 türkische Betriebe in Dortmund und Umgebung 36 Jugendliche in den Bereichen Groß- Außen- und Einzelhandel, der Textil- und Lebensmittelbranche, als SchneiderIn, SchlosserIn und FriseurIn aus.

Abb. 6

Berufsausbildung von Ausländern (Bundesgebiet West - 1993)

Angaben in %	ehem. Jugoslawien	Italien	Spanien	Griechenland	Türkei
keine Berufsausbildung	54	58	56	62	67
1 Jahr	2	1	1	1	2
2 Jahre	9	8	10	11	8
3 Jahre und länger	35	33	33	26	22

Quelle: Landessozialbericht: Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen, a.a.O., S. 99.

Vor allem in den Publikationen des Zentrums für Türkeistudien wurde in den letzten Jahren eine wachsende Bedeutung der türkischen Unternehmen in der BRD - auch speziell im Ruhrgebiet - prognostiziert. Die in Essen ansässige "Ruhr-Postasi" ermittelte jedoch, daß die Branchen, in denen z.B. in Essen TürklInnen Betriebe führen, weitgehend dem Klischee entsprechen. Einer Vielzahl von Restaurants/Imbissen, Lebensmittelläden und Reisebüros stehen nur wenige Selbständige gegenüber, die aus diesem Bild ausbrechen, wie sechs niedergelassene (Zahn-) Ärzte und ein Detektivbüro. In einer gemeinsamen Veranstaltung des Zentrums für Türkeistudien, der örtlichen IHK und der "Ruhr-Postasi" wurde von türkischen Jungunternehmern beklagt, daß den türkischen Betrieben nicht in ausreichendem Maße Hilfestellung geleistet wird, wobei zu fragen wäre, ob dies nicht ein generelles Problem von jungen Selbständigen ist. Der Vorschlag, die Regelungen über die formalen Qualifikationen zur Ausbildungsberechtigung speziell für die türkischen Betriebe zu lockern

ist sicherlich nicht im Hinblick auf eine langfristige Besserung der Ausbildungschancen für türkische Jugendliche zu akzeptieren. Die Aufhebung bestimmter Standards könnte in der Folge notwendige Arbeitsschutzbestimmungen für jugendliche Arbeitnehmer in der Ausbildung außer Kraft setzen, zu Lasten der Jugendlichen.

Die Zahl der türkischen StudentInnen an der Universität/Gesamthochschule Essen hat in den letzten Jahren beständig zugenommen, ist aber mit 747 im Wintersemester 1994/95 im Verhältnis zu den relevanten Jahrgangsstärken äußerst gering: WS 88/89 = 178 WS 89/90 = 222 WS 90/91 = 294 WS 91/92 = 393 WS 92/93 = 522 WS 93/94 = 620.

Studienschwerpunkte der türkischen StudentInnen in Essen im WS 94/95 waren das Bauingenieurwesen mit 110 Studierenden im Studiengang Diplom II an der Universität und 44 Studierenden im Studiengang Diplom I der Gesamthochschule sowie die Wirtschaftswissenschaften (Diplom II) an der Universität mit 225 Studierenden und 21 im Diplomstudiengang I an der Gesamthochschule.⁶³⁾

III.3. Spezifische soziale Probleme der türkischen Minderheit in Essen

Eine in der Ortspresse diskutierte (Februar 1995) Studie der Stadt Essen hat ergeben, daß im Essener Norden der Anteil der arbeitslosen Bevölkerung, die Zahl der Sozialhilfeempfänger, sowie die Gruppe der schlecht ausgebildeten Jugendlichen im innerstädtischen Vergleich außerordentlich hoch ist.⁶⁴⁾ Das nachstehende Zitat aus einer Studie der Stadt Essen aus dem Jahre 1984 zeigt die leider dauerhafte Beschaffenheit dieser Situation:

"Die o.a. Stadtbezirke im nördlichen Teil der Stadt, in denen die überwiegende Mehrheit der ausländischen Bevölkerung [d.h. zum größten Teil türkische Staatsangehörige, d.V.] wohnt, sind durch folgende Merkmale zu charakterisieren. Es handelt sich hier überwiegend um die traditionellen Arbeiterbezirke des Essener Nordens. Sie liegen im unmittelbaren Einzugsbereich von Industrie und Gewerbe, sie weisen eine entsprechend hohe Umweltbelastung auf, haben eine hohe Verkehrsdichte mit entsprechender Lärmbelastung, die Infrastrukturversorgung gegenüber anderen Bereichen der Stadt liegt, wie auch die Grünversorgung, unter den Werten anderer Gebiete. Die hier vorzufindende Bausubstanz ist in vielen Fällen sanierungs- und modernisierungsbedürftig. Die Bevölkerungsabnahme innerhalb dieser Bereiche ist überdurchschnittlich hoch. Neben der ausländischen Bevölkerung leben hier in deren unmittelbaren Nachbarschaft überwiegend sozial schwächere Schichten der deutschen Bevölkerung."⁶⁵⁾

Die im Zusammenleben der verschiedenen ethnischen Gruppen auftretenden Schwierigkeiten - d.h. die Art und Weise, in der die Konflikte ausgetragen werden -

resultieren nicht zuletzt aus den sich verstärkenden sozialen Spannungen.⁶⁶⁾ Es ist naheliegend anzunehmen, daß es einen Zusammenhang zwischen der sozialen Diskriminierung sozialer Randgruppen und der Diskriminierung von ethnischen Minderheiten gibt, wobei die eigentlichen Motive der Diskriminierung, die Adressaten und Empfänger, stellvertretend für ursprünglich andersgelagerte Konfliktlinien stehen können. In der Debatte über die Folgen der Arbeitsmigration ist dieser Ansatz bisher nicht genügend beachtet und aufgearbeitet worden.

III.3.1. Die Lage auf dem Arbeitsmarkt

Nachweislich belegten türkische ArbeitnehmerInnen im Vergleich zu anderen Ausländergruppen, bei grundsätzlich gleicher Qualifikation, bisher überproportional Berufsfelder mit einem negativ bewerteten sozialen Status.⁶⁷⁾ Obwohl gerade für die zweite und dritte Generation der TürkinInnen in dieser Hinsicht einiges in Bewegung geraten ist, trifft dies auch heute noch im Prinzip und speziell für den Essener Raum zu. Älteres Zahlenmaterial aus dem Jahre 1984 zeigt, daß der Bereich der Montanindustrie eine besondere Domäne der türkischen Beschäftigten in Essen war. So betrug in der Eisen- und Stahlverarbeitung der Anteil der Türken an der Gesamtzahl der Ausländer 68%, im Bergbau ca. 55% (d.h. unter dem Durchschnitt im gesamten Bergbau). Auch im Bauhauptgewerbe waren Türken überproportional vertreten. Doch genau in diesen Branchen ging in den letzten Jahren die größte Zahl der Arbeitsplätze verloren, so daß sich die Arbeitslosenquote der türkischen Beschäftigten im Vergleich ungünstiger entwickelt.⁶⁸⁾

Die Zahl der arbeitslos gewordenen TürkinInnen in Essen erhöhte sich von 260 im Jahre 1980, von denen 146 Männer waren und 114 Frauen, auf 1.473 im Jahre 1994, davon waren 1.093 Männer und 380 Frauen.

Abb. 7

Arbeitslosenquote (Bundesgebiet West) nach Herkunftsländern

Deutschland 8,0%
Portugal 8,0%
Spanien 8,7%
ehem. Jugoslawien 11,0%
Griechenland 15,5%
Türkei 16,0%
Italien 16,9%

Quelle: Bundesanstalt für Arbeit. Stand 12/1992.

Für das Jahr 1993 (zum Stichtag 30. September) hatte das Arbeitsamt Essen 1.313 türkische Arbeitslose ermittelt, die folgenden Altersgruppen zuzuordnen waren:

85 unter 20 Jahre
 284 20 -- 24 Jahre
 218 25 -- 29 Jahre
 142 30 -- 34 Jahre
 87 35 -- 39 Jahre
 64 40 -- 44 Jahre
 139 45 -- 49 Jahre
 161 50 -- 54 Jahre
 110 55 -- 59 Jahre
 22 60 -- 64 Jahre

Das heißt, die Altersgruppen der 20-34jährigen und der 45-59jährigen sind besonders stark von Arbeitslosigkeit betroffen.

Abb. 8

Beim Arbeitsamt Essen arbeitslos gemeldete Türkinnen

Jahr	Einwohner**	Arbeitslose*		
		Gesamt abs.	Frauen	Männer
1970	4.419	1	--	1
1980	12.245	260	114	146
1985	12.178	937	361	576
1990	15.091	885	276	609
1991	15.748	877	263	614
1992	16.525	967	275	692
1993	17.047	1.313	335	978
1994	17.506	1.473	380	1.093

* = Stand 30. September des Jahres

** = Stand am 31. Dezember des Jahres

Quelle: Amt für Wahlen und Statistik der Stadt Essen Arbeitsamt Essen

In NRW war die Zahl der türkischen Arbeitslosen zwischen den Jahren 1982 und 1983 von 34.668 auf 40.223 sprunghaft angestiegen und ging dann bis 1990 kontinuierlich auf 25.099 zurück, 1992 war sie wieder auf 33.863 angestiegen, das waren 5,8% der gesamten Arbeitslosen in NRW.⁶⁹⁾ "Bei Türken ist der Anteil der von Arbeitsmarktrisiken besonders betroffenen ungelernten und angelernten Arbeiter deutlich höher und der Anteil der Angestellten klar niedriger als bei anderen Nationalitäten. [...] Von allen Nationalitäten weist die türkische Bevölkerung den niedrigsten Berufsstatus auf. Keine andere ausländische Gruppe hat einen so hohen Anteil un- und angelernter Arbeiter und einen so geringen Anteil von Angestellten, genau die Hälfte aller türkischen Erwerbstätigen sind als un- bzw. angelehrnte Arbeiter beschäftigt."⁷⁰⁾

Zum Stichtag 31.12.1994 betrug die Zahl der türkischen Sozialhilfeempfänger in Essen 1.905 = 10,88% der gesamten türkischen Einwohnerschaft von 17.506, d.h. rund jeder neunte Essener mit türkischem Paß bezieht Sozialhilfe in unterschiedlicher Höhe.

Hans Dietrich von Löffelholz vom "Rheinisch-Westfälischen Institut für Wirtschaftsforschung" (RWI) in Essen bemerkte, daß "bei Konjunkturerinbrüchen und im Zuge des sektoralen Strukturwandels [...] insbesondere in den strukturschwachen Branchen bei Freisetzung von Arbeitskräften ausländischer Arbeitnehmer mit unterdurchschnittlicher Qualifikation und Position als erste entlassen" werden. Dies geschehe häufig mit der Begründung, hierdurch das Stammpersonal des Betriebes halten zu können. Es sei aber so gut wie ausgeschlossen, die freigewordenen Arbeitsplätze der Ausländer "mit deutschen Arbeitslosen zu besetzen." Die meisten der Arbeitslosen kommen für Tätigkeiten, die bisher von Ausländern besetzt wurden, wie "im Bergbau, bei den Gießereien, in der Bauwirtschaft oder in der Kfz-Industrie" aus verschiedenen Gründen (Krankheiten, Alter u.ä.) nicht in Frage. Auch in Krisenzeiten gibt es keinerlei Belege, daß Ausländer Arbeitsplatzkontingente besetzt halten, für die deutsche Arbeitslose in Betracht kommen. Auch in der Krise bleibt die Vermutung, "die Akzeptanz unattraktiver Arbeitsbedingungen und -plätze durch ausländische Arbeitnehmer ermöglicht deutschen Beschäftigten in unteren Positionen vielfach ein Aufrücken in bessere Stellungen."⁷¹⁾

III.4 Der Ausländerbeirat

Seit November 1987 wird in Essen, wie in anderen Großstädten, der sogenannte "Ausländerbeirat" in direkter Wahl von den nichtdeutschen Bürgern der Stadt gewählt. Im Laufe der 70er Jahre formierten sich MigrantInnenengruppen, die eine wirksame politische Partizipation forderten, um am kommunalpolitischen Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß teilzuhaben. Auch den Parteien und Verbänden vor Ort war klar, daß eine (kontrollierte) Einbindung der MigrantInnen in die lokale Politik erfolgen mußte. Relativ früh, im Oktober 1975, wurde in Essen ein erster Ausländerbeirat gebildet, dem ausländische (18) und deutsche Vertreter (6) im Verhältnis 3:1 angehörten. Die Auswahl erfolgte durch die Vorschläge von Gewerkschaften, den Wohlfahrtsverbänden, MigrantInnenorganisationen und den Parteien.

Im Bilanzbericht des ersten gewählten Ausländerbeirates heißt es über die Aufgaben des Gremiums:

- " Stellungnahmen auf Beschluß des Rates, eines Ausschusses oder einer Bezirksvertretung
- Behandlung von ausländerspezifischen Themenbereichen mit anschließender Beschlußempfehlung an den Rat oder einen Fachausschuß

- Anregungen, Empfehlungen und Anfragen an Rat, Ausschüsse oder Bezirksvertretungen; Anfragen an die Verwaltung
- Jahresbericht zur Lage der ausländischen Einwohner vor dem Rat der Stadt
- Eigene Öffentlichkeitsarbeit und Veranstaltungen
- Vorschlagsrecht zur Besetzung der Ausschüsse mit sachkundigen Einwohnern. Über diese Aufgaben hinaus stellt der Ausländerbeirat ein wichtiges Bindeglied zwischen ausländischer Bevölkerung und ausländischen Vereinen einerseits und Stadt Essen andererseits dar.⁷²⁾

In der ersten Wahlperiode setzte sich der Beirat aus von der ausländischen Bevölkerung der Stadt gewählten 14 stimmberechtigten ausländischen Mitgliedern - welche die drei Arbeitskreise "Koordination", "Jugend, Gesundheit, Soziales" und "Kultur/ Sport" bildeten - und 12 vom Rat der Stadt gewählten stimmberechtigten deutschen Mitgliedern - die für die Arbeitskreise "Flüchtlinge" und "Schule, Ausbildung, Beruf" verantwortlich waren - zusammen. Der zweite gewählte Ausländerbeirat seit 1992 bestand aus 16 ausländischen Mitgliedern, 8 deutschen Vertretern und zusätzlich 9 von den Verbänden benannten beratenden Mitgliedern, welche die Arbeitskreise "Flüchtlinge" und "Schule, Ausbildung, Beruf" bilden sollten. Als Etat standen dem Beirat für 1992 85.000 DM zur Verfügung, mit dem in erster Linie die Arbeit der bestehenden ausländischen Vereine u.ä. unterstützt werden sollte.⁷³⁾

Vorsitzender des Beirates nach den Wahlen 1987 und 1992 war ein deutsches Ratsmitglied der Stadt. In der Amtszeit des Vorsitzenden Rats Herrn Hermann Linnemann wurde zum ersten Mal ein offizieller Bericht des Ausländerbeirates an die Stadt erstellt.⁷⁴⁾ Als Koordinierungsstelle für Ausländerfragen richtete die Stadt die "Geschäftsstelle für kommunale Ausländerangelegenheiten" ein, der drei wesentliche Aufgabenbereiche zukommen:

1. Verwaltung

- Geschäftsführung des Ausländerbeirates und der Arbeitskreise
- Presse/Öffentlichkeitsarbeit
- Fortbildung
- Allgemeine Verwaltung

2. Sozialarbeit

- Beratungsdienst für ausländische BürgerInnen der Stadt und Vereine, z.B. im Umgang mit Ämtern, Behörden etc.
- Koordination sozialpädagogischer Maßnahmen

3. Dolmetscherdienst für Bürger und Verwaltung für die Sprachen Arabisch, Polnisch, Serbisch und Türkisch.

Seit der Kommunalwahl im Oktober 1994 ist eine neue Gemeindeordnung in Nordrhein-Westfalen in Kraft, welche die Einrichtung von direkt gewählten Ausländerbeiräten, die bisher auf freiwilliger Basis zustande kamen, für die Kommunen zur Pflicht macht.⁷⁵⁾

Die Legislaturperiode des 1992 gewählten Beirates wurde durch die notwendig gewordene Neuwahl im März 1995 abgebrochen. Bei der Wahl am 26. März gaben von 33.913 Wahlberechtigten 6.778 ihre Stimme ab, davon waren 90 als ungültig zu werten. Auf die "Allianz der Essener Türken" entfielen 3.154 Stimmen (= 47,16%), die "Sozialdemokratische internationale Liste", für die auch TürkInnen kandidierten, erzielte mit 1.134 Stimmen und einem Anteil von 16,96% das zweitbeste Ergebnis. Damit sind die 27 Sitze des Beirates wie folgt verteilt:

Allianz der Essener Türken = 16 Sitze

Sozialdemokratische Internationale Liste = 5 Sitze

Liste für die Freiheit der Völker = 2 Sitze

Kroatische Gemeinde = 2 Sitze

Essener Griechen = 2 Sitze

Von den fünf Beiratsmitgliedern der "Sozialdemokratischen Liste" sind drei türkischer Nationalität und einer Deutscher türkischer Abstammung. Von den Beiratsmitgliedern der "Allianz der Essener Türken" sind vier als Türken deutscher Nationalität ausgewiesen.

Auf der konstituierenden Sitzung des neuen Beirates am 28. April 1995 wurde Muhammet Balaban zum neuen Vorsitzenden gewählt. Bei seinem Amtsantritt sagte er, der Beirat solle vorrangig den Versuch unternehmen, auf die Arbeitsmarktpolitik in der Stadt einzuwirken und dabei die besonderen Probleme der Ausländer herausstellen. Desweiteren nannte Balaban die Wohnungspolitik und die Schaffung von ausreichenden Kindergartenplätzen als Themenschwerpunkte. Die Tatsache, daß der Beirat von türkischer Seite dominiert wird, dürfe nicht dazu führen, die Belange der übrigen nationalen Minderheiten in Essen zu vernachlässigen. Der neue formale Status des Ausländerbeirates biete eine gute Ausgangsbasis, um das wichtigste Ziel, das kommunale Wahlrecht für Ausländer zu erreichen.⁷⁶⁾

In diesem Zusammenhang ist interessant, daß nach Auskunft der Ausländerbehörde beim Einwohneramt der Stadt Essen erst in den letzten Jahren die Zahl der Einbürgerungen bei türkischen StaatsbürgerInnen so gestiegen ist, daß sie dem Anteil der TürkInnen an den ausländischen Staatsangehörigen in der Stadt entspricht. 1980 gab es 16 türkische Antragsteller bei einer Gesamtzahl von 180 Einbürgerungen., 1990 wurden 56 türkische Staatsangehörige eingebürgert bei insgesamt 399 erfolgten Einbürgerungen, 1994 waren es dann 587 türkische Anträge bei 1.693 insgesamt.

Im Vorfeld der Wahl zum Ausländerbeirat kam es zu einem heftigen Streit zwischen der seit 1993 bestehenden "Türkischen Gemeinde" - die sich als überparteiliches Vertretungsorgan

aller Türken in Essen sieht - und der örtlichen SPD, der deutlich macht, welche gravierenden Schwierigkeiten die Einbindung der türkischen Minderheit in den politischen Willensbildungsprozeß mit sich bringt. Ausgangspunkt der Auseinandersetzung war eine Pressemitteilung der "Türkischen Gemeinde" vom 14.3.1995 in der es heißt:

"Einer Minderheit, die seit nahezu 35 Jahren in diesem Land lebt, die grundlegend demokratischen Rechte vorzuenthalten, und sie ihnen 'stufenweise und Stück für Stück an die Demokratie gewöhnend' lediglich zu versprechen, bedeutet im Grunde, daß diese Gruppen politisch erniedrigt, diskriminiert und einer versteckten Apartheid ausgesetzt werden. Zudem wird dadurch ein Negativbild der Nicht-EG-Ausländer als 'schlechte Ausländer' gezeichnet, die dann zur Zielgruppe für Gewalt werden. Die deutsche Demokratie ist im Hinblick auf die Minderheitenpolitik leider immer noch rückständig."

Obwohl die "Türkische Gemeinde" im folgenden die Essener Türken aufrief, sich trotzdem an der Wahl zu beteiligen, reagierte die SPD mit großer Vehemenz. Besonders der Begriff "Apartheid" wurde als Beleidigung empfunden:

"Wir lassen uns nicht mit Menschenrechtsverletzern in Südafrika vergleichen und erwarten eine Entschuldigung!"

erklärten die SPD-Landtagsabgeordneten Jürgen Thulke und Horst Radtke dazu. Radtke ergänzte:

"Ich habe ja Verständnis dafür, daß der türkischen Gemeinde die Rechte der Ausländerbeiräte nicht weitgehend genug sind. Das aber gibt ihr nicht das Recht, demokratisch gewählte deutsche Politiker in die Nähe von Menschenrechtsverletzung zu bringen. Das Wort ‚Apartheid‘ entstand in Südafrika und bezeichnete eine besonders perfide Form der Menschenrechtsverletzung. Damit lassen wir uns nicht vergleichen."

Die SPD erwarte eine Entschuldigung und "die Zurücknahme des ungeheuerlichen Vergleiches", sonst sei die weitere Zusammenarbeit zwischen der Partei und der "Türkischen Gemeinde" "akut" gefährdet.⁷⁷⁾

Die "Türkische Gemeinde" reagierte ihrerseits mit einer Presseerklärung mit der Überschrift "Essener SPD-Vorstand vertuscht eigene Schlappe bei den Beiratswahlen". Bereits seit dem Sommer 1994 hätte die SPD versucht Druck auf die "Türkische Gemeinde" auszuüben, um sie "vor ihren politischen Karren zu spannen", indem man ein klares Veto für die "sozialdemokratische Liste" abgibt. Der heterogenen Zusammensetzung der Gemeinde entsprechend, hätten sich jedoch Mitglieder sowohl für die "Allianz der Essener Türken", als auch für die sozialdemokratische Liste engagiert. Es sei eine Verleumdung von Seiten der SPD, die Wahlliste der "Allianz der Essener Türken" "als fundamentalistisch und die andere, die sozialdemokratische Liste, als fortschrittlich zu bezeichnen. Hintergrund der Auseinandersetzung sei der Versuch des Essener Parteivorstandes der SPD, "nicht nur

seine eigenen Mitglieder, sondern auch die ‚Türkische Gemeinde‘ sich zum Werkzeug zu machen."

III.5. Türkische ArbeitnehmerInnen bei der DB und der Krupp AG

Die ehemalige Deutsche Bundesbahn und heutige Deutsche Bahn AG war und ist ein wichtiger Arbeitgeber für die Türken in Essen und stellte ein größeres Wohnraumkontingent für ihre MitarbeiterInnen. Die Anwerbung von Seiten der DB erfolgte verstärkt seit 1966 in Eigenregie. Die damalige schlechte Organisation führte zu häufig praktizierten Notlösungen. Teilweise wurden ehemalige Abstellräume zur Unterbringung der Arbeitsmigranten genutzt. Größere Wohnheime der DB bestanden am alten Bahnhof Katernberg-Süd und im Löwental in Werden. Später erreichte man die Unterbringung in kleineren Wohnungen der DB (häufig zu zweit) oder aus dem Kontingent bei den Wohnungsgesellschaften (vor allem der Wohnungsgesellschaft Ruhr-Niederrhein).⁷⁸⁾ Die hauptsächlich von der Schwarzmeerküste stammenden türkischen MitarbeiterInnen wurden verstärkt als ungelernete Arbeiter im Rangierdienst, der Güterabfertigung und im Reinigungsdienst eingesetzt. Nach Auskunft der DB erfolgte die Bezahlung streng nach Tarif. Wie in den 60er Jahren üblich wurden zunächst in der Regel Zeitverträge abgeschlossen. Wie im Bergbau gab es für die türkischen Beschäftigten bei der Bahn eine spezielle Betreuung. Für die Bezirksdirektion Essen (die ungefähr den Raum von Düsseldorf bis zur niederländischen Grenze und von Moers bis Hagen umfaßt) arbeiteten drei hauptamtliche Dolmetscher. Heute, so die DB, seien die türkischen Mitarbeiter - vor allem die Angehörigen der zweiten Generation, die vielleicht schon ihre Ausbildung im Betrieb absolviert haben - entweder voll integriert oder zumindest nicht in irgend einer Weise auffällig. Es war nicht möglich, von der DB - aktuell und rückwirkend - die Zahl der türkischen MitarbeiterInnen zu bekommen. Auch ein weiterer potentiell bedeutender Arbeitgeber im Essener Raum, die Friedrich Krupp GmbH war nicht bereit, Auskünfte über ihre türkischen Beschäftigten zu geben. Unter Berufung auf die dreißigjährige Archivsperrfrist wurden lediglich Zahlen bis 1963/64 zur Verfügung gestellt - also aus der Zeit vor der einsetzenden Migrationswelle der Türken ins Ruhrgebiet.

IV. DIE BESONDERE BEDEUTUNG DES BERGBAUS FÜR DIE TÜRKISCHEN BESCHÄFTIGTEN IM RUHRGEBIET

Zumindest bis zur zweiten tiefen Krise der Montanindustrie in den Jahren 1967/68 dominierten Bergbau und Stahlindustrie die Arbeitswelt des Ruhrgebietes.

"Der Einsatz von Ausländern im deutschen Steinkohlenbergbau hat eine Tradition, die bis in das vergangene Jahrhundert zurückreicht."⁷⁹⁾ Auch nach dem Zweiten Weltkrieg, mit Erreichen der Vollbeschäftigung in den späten 50er Jahren, hatte der Bergbau zunehmend Schwierigkeiten, seinen immer noch steigenden Arbeitskräftebedarf auf dem heimischen Arbeitsmarkt zu decken. Trotz eines relativ hohen Lohnniveaus wurden die gefahrenträchtigen und die Gesundheit belastenden Arbeitsplätze für deutsche Arbeitnehmer unattraktiv.⁸⁰⁾ Die Forderung nach einer kontrollierten Anwerbung ausländischer Arbeitnehmer, die in Phasen der Hochkonjunktur den Bedarf decken sollten, wurde deshalb auch von den Bergbaugesellschaften an die Politik herangetragen. Nicht zuletzt weil der Steinkohlenbergbau auch in der Türkei ein wichtiger Wirtschaftsfaktor ist, mit einer langen Tradition - das Revier um Zonguldak ist durchaus mit dem Ruhrgebiet zu vergleichen - wurde auch der Bergbau unter den Arbeitsmigranten in Deutschland zu einer Beschäftigungsdomäne der Türken, so daß Walter Beer als Mitglied des geschäftsführenden Vorstandes der Industriegewerkschaft Bergbau und Energie (IGBE) 1982 lakonisch konstatierte: "Ein Bergbau ohne Türken wäre zur Zeit nicht mehr denkbar - und kaum lebensfähig."⁸¹⁾

Aloys Berg stellte in seiner von Mai bis Oktober 1981 bei 300 Befragten erfolgten Erhebung fest, daß von diesen Mitarbeitern der RAG nach eigenen Angaben 53% bereits in der Türkei als Bergmann gearbeitet hatten und somit über entsprechende Berufserfahrung verfügten.⁸²⁾ Somit stehen die ehemalige Dominanz des Bergbaus und der mit ihm verknüpften Stahlindustrie und die Dominanz der türkischen Bevölkerung unter den Ausländern des Ruhrgebietes zumindest bis zur Strukturkrise des Bergbaus und der Phase des verstärkten Zuzugs von Familienangehörigen bei den Türken in einem Zusammenhang.

Leider sind für die Vorläuferbetriebe der zum Jahreswechsel 1968/69 gegründeten Ruhrkohle AG (RAG) keine gesicherten Zahlen über die Beschäftigung von Türken zu ermitteln. In einem internen Papier der IGBE wird für Dezember 1963 die Zahl von 5.286 beschäftigten Türken im Bergbau insgesamt genannt und für März 1964 7.643.⁸³⁾

Abb. 9

Im IGBE-Bezirk Essen beschäftigte ausländische Arbeitnehmer Statistischer Meldebogen für ausländischer Arbeitnehmer von 1966-1969

Beschäftigte

Nationalität	3/66	6/66	12/66	3/67	6/67	9/67	6/68	9/68	12/68	12/69
Türken	1.330	1.041	923	912	698	684	600	540	540	779
Italiener	256	195	179	176	122	105	101	101	101	118
Griechen	228	164	125	114	101	83	33	33	33	10
Spanier	515	481	404	383	356	347	184	184	184	122
Marokkaner	575	646	579	448	307	298	173	149	149	289
Koreaner	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Jugoslawen	-	-	-	-	-	12	17	17	17	114
Sonstige	329	290	257	214	202	104	252	252	252	-
Gesamt	3.233	2.817	2.467	2.247	1.786	1.633	1.360	1.276	1.276	1.432

Quelle: Archiv der IGBE

Abb. 9a

Organisierte

Nationalität	3/66	6/66	12/66	3/67	6/67	9/67	6/68	9/68	12/68	12/69
Türken	581	369	601	651	386	359	162	138	138	203
Italiener	51	88	127	125	87	91	82	82	82	87
Griechen	78	90	115	103	81	83	28	28	28	4
Spanier	102	85	257	192	149	161	139	139	139	91
Marokkaner	392	378	475	317	198	182	162	138	138	203
Koreaner	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
Jugoslawen	-	-	-	-	-	12	16	16	16	82
Sonstige	56	59	163	144	121	79	199	199	199	-
Gesamt	1.260	1.069	1.738	1.531	1.022	967	1.159	1.101	1.101	1.068

Quelle: Archiv der IGBE

Abb. 9b

Ausländische Beschäftigte auf Essener Schachtanlagen am 30.03.1964

Schachtanlage	Belegschaft insgesamt	Nicht-deutsche abs. in %	Türken abs. in %
Math. Stinnes 1/2/5	1.784	203 11,4	129 7,23
Rosendelle	2.666	640 24,3	600 22,51
Heinrich/Theodor	2.815	569 20,3	--- ---
Emil-Emscher	3.594	667 18,6	--- ---
Fritz-Heinrich	3.583	484 13,5	322 8,99
Langenbrahm	1.439	179 11,9	--- ---
Zollverein	5.193	102 2,0	--- ---
Bonifacius	2.297	33 1,4	--- ---
Viktoria Mathias	1.713	24 1,4	--- ---
Friedrich Joachim	1.298	171 13,2	57 4,39
Katharina	1.879	496 26,4	300 15,97
Pörtingsiepen	1.144	316 27,6	84 7,34
Carl Funke	1.854	267 14,4	151 8,14
Amalie	3.616	348 9,6	87 2,41
Helene	1.363	294 21,6	--- ---
Gesamt	36.238	4.793 13,23	1.730 4,77

Quelle: Archiv der IGBE

Im ersten Jahr nach Gründung der RAG waren von den insgesamt ca. 182.000 Mitarbeitern, annähernd 16.800 ausländischer Nationalität = 9,2%. Ende 1969 hatte der Anteil der ausländischen Beschäftigten bei der RAG noch 7,7% betragen, in der gesamten Bundesrepublik lag der Anteil der nichtdeutschen Beschäftigten bei ca. 7,1%. Im ersten Halbjahr 1970 erhöhte sich die Zahl der Arbeitsmigranten in der BRD um rund 18%, im Bergbau sogar um rund 20,5%, wovon der größte Teil der Neuzugänge auf türkische Staatsangehörige fiel. Insgesamt hatte die RAG Mitte 1970 ca. 11.000 türkische Arbeitnehmer, von denen noch ca. 83% in Wohnheimen lebten, 16,3% hatten jedoch bereits eine eigene Wohnung bezogen und meist auch schon die Familie aus der Türkei nach Deutschland geholt.

Die Verteilung auf die sieben Bergbau AGs der RAG sah wie folgt aus (Annäherungswerte):

BAG Essen = 3.000

BAG Gelsenkirchen = 1.900

BAG Oberhausen = 1.700

BAG Niederrhein = 1.300

BAG Dortmund = 1.300

BAG Westfalen = 1.200

BAG Herne/Recklinghausen = 400

Einsatzschwerpunkte der türkischen Beschäftigten waren die Bergwerke: "Hugo" (BAG Gelsenkirchen) mit ca. 600, "Lohberg" (BAG Oberhausen) mit 500 und "Walsum" (BAG Niederrhein) mit 480 türkischen Mitarbeitern. Noch über die Hälfte der türkischen Beschäftigten hatte zu diesem Zeitpunkt lediglich einen Einjahresvertrag.⁸⁴⁾

Im Juni 1970 hatte die RAG insgesamt 381 türkische Auszubildende, von denen 255 eine Knappenausbildung absolvierten, 12 Betriebsschlosser und 14 Starkstromelektriker lernten.⁸⁵⁾

In den folgenden Jahren erhöhte sich der Anteil der ausländischen Beschäftigten stetig. Trotz des Anwerbestops 1973 stieg die absolute Zahl der Ausländer bei der RAG im darauffolgenden Jahr nochmals und erreichte 1974 mit 23.558 den Höchststand. Die Ausländerquote erhöhte sich, mit der Ausnahme 1984 (1. Rückkehrhilfeprogramm), auf 19% im April 1994 = 13.970, bei einer Gesamtbelegschaft von noch 74.429.

Schon in der Gründungsphase der RAG stellten die Türken mit 56% die größte Gruppe unter den ausländischen Beschäftigten. Die Erhöhung des Ausländeranteils auf 13,2% im Jahre 1971 ist fast ausschließlich auf die Anstellung von Türken zurückzuführen. Bis 1975 hatte sich ihre Zahl trotz des Anwerbestops auf 17.483 erhöht und erreichte damit den Höchststand. Zum Vergleich sei erwähnt, daß 1975 in den Regierungsbezirken Düsseldorf, Münster, Arnsberg und Detmold ca. 115.000 Türken arbeiteten, damit war die RAG das Unternehmen mit der größten Zahl an türkischen Beschäftigten. 1983 lag z.B. auf der Schachtanlage Consolidation in Gelsenkirchen der Anteil der Türken an der Gesamtbelegschaft bei 37% und damit an der Spitze im Ruhrbergbau.⁸⁶⁾

Vor allem aufgrund der Ausbildungseinstellungen erhöhte sich der Anteil der Türken an den ausländischen Beschäftigten bei der RAG bis 1991 auf 87%. Von den Regelungen des Rückkehrhilfegesetzes machten 2.706 Türken (2.846 Ausländer insgesamt) Gebrauch.⁸⁷⁾

In der Frühphase der Anwerbung von türkischen Bergleuten wurden diese von den Anwerbebetrieben - nicht nur im Bergbau - in Wohnheimen untergebracht. Ausstattung, Bettenzahl pro Zimmer und der Preis differierten unter Umständen erheblich, auf jeden Fall waren die Wohnbedingungen der Arbeitsmigranten nicht dazu geeignet, für einen ausreichenden Abstand und die notwendige Erholung von der meist körperlich stark beanspruchenden Arbeit zu sorgen. Die reine Männergesellschaft dieser Wohnheime mit all den dazugehörigen sozialen Erscheinungen prägte lange Zeit das Bild der Deutschen von den sogenannten "Gastarbeitern". Auch läßt sich in dieser Art der Heimunterbringung eine Kontinuität zum Fremdarbeitereinsatz während der beiden Weltkriege sehen, der vor allem in der Nazizeit im Ruhrgebiet eine immense Bedeutung hatte. Diese Kontinuität bestand auch in der Einstellung der Deutschen zu den Arbeitsmigranten in den 60er Jahren und darüber hinaus. Bei Gründung der RAG gab es insgesamt 66 Wohnheime. Der Höchststand wurde 1971 mit 135 Heimen erreicht mit 19.000 Betten. Am 1. April 1971 traten die "Richtlinien für die Unterkünfte ausländischer Arbeitnehmer in der Bundesrepublik" in Kraft. Sie besagten,

daß jedem Bewohner mindestens 8 qm Wohnfläche zur Verfügung stehen muß und nur bis zu vier Betten pro Raum erlaubt seien. Aus diesem Grund mußte die Bettenzahl der Heime innerhalb eines Jahres um mehr als 2.000 verringert werden. Der höchste Tagessatz für einen Heimplatz betrug 1970 1,70 DM, 1977 lag er bei 4,70 DM. Seit Gründung der RAG wurden 12 Heime erweitert oder neu erbaut. Zuletzt wurden zum Jahreswechsel 1976/77 die Häuser in Hamm/Pelkum, Lünen-Horstmar und in Herten fertiggestellt.

Besonders nach dem Anwerbestopp im Jahre 1973 und dem damit verbundenen Zuzug der Familien aus der Türkei wurden die türkischen Mitarbeiter mit ihren Familien zumeist in Wohnungen aus dem Kontingent der RAG untergebracht. In Essen hat die RAG aktuell einen Wohnraumbestand von 13.623 Wohnungen, darin leben 388 türkische Familien auf einer durchschnittlichen Wohnfläche von 60,24 qm. Wohnschwerpunkte sind dabei die Siedlungen Bolsterbaum und Beisen. Die Zählung der Wohnungen nach den Postleitzahlen ergibt 326 Wohnungen für die Postleitzahl 45327, die im wesentlichen für den Stadtteil Katernberg - Standort der zuletzt fördernden Zeche in Essen, Zollverein - steht. Weiter leben 132 ehemalige ausländische Mitarbeiter (darunter auch Türken) in Wohnungen der RAG.⁸⁸⁾

Obwohl sich durch den Einsatz speziell entwickelter Technologien die Belastungen für den einzelnen Bergmann reduzieren ließen, bleiben die Arbeitsplätze mit besonderer Bedeutung für eine effiziente Produktion durch "erschwerende Arbeitsbedingungen wie Schichtarbeit, Lärm, Staub und Hitze" gekennzeichnet.⁸⁹⁾ Der Ausfall von türkischen Beschäftigten auf diesen Arbeitsplätzen (auf manchen Bergwerken beträgt ihr Anteil bis zu zwei Dritteln) würde "zu gravierenden Fördereinschränkungen führen".⁹⁰⁾ "Dagegen ist der Ausländeranteil in Aufsichtsposten, d.h. bei Strebmeistern, Aufsichtshauern und Kolonnenführern mit 23%, in Spezialistenfunktionen, d.h. bei Ausbildern, Sprengbeauftragten und Schachthauern mit 10% und bei qualifizierten Handwerkern, d.h. bei Elektrikern und Schlossern mit 6% in den vergangenen Jahren zwar angestiegen, aber weiterhin gering."⁹¹⁾

IV.1. DIE POSITION DER GEWERKSCHAFT

Im Rückblick zeichnet sich der Bergbau durch eine besonders entwickelte Sensibilität gegenüber den Problemen der ausländischen Beschäftigten aus. Sowohl von Seiten der Betriebe, als auch in der Gewerkschaft IGBE bemerkte man frühzeitig, daß die ursprüngliche Idee einer zeitlich befristeten Beschäftigung weder den Interessen der Betriebe, noch der Arbeitnehmer entsprach. Bereits zur Mitte der 60er Jahre mehrten sich die Stimmen, die von einer dauerhaften Einwanderung der sogenannten "Gastarbeiter" sprachen und

entsprechende strukturelle Maßnahmen einklagten. Die IGBE hatte zudem die Befürchtung, daß große Teile der türkischen Beschäftigten nicht zu organisieren seien, zumal 1963 bereits der "Verein türkischer Arbeitnehmer in Köln und Umgebung e.V." gegründet wurde, von dem man annahm, daß er auch quasi gewerkschaftliche Aufgaben übernehmen sollte, was in der Satzung des Vereins aber nicht explizit als Aufgabenstellung formuliert wurde. In einem internen Schreiben vom 22. Mai 1964 hieß es:

"Abschließend dürfen wir feststellen, daß wir das Ziel einer möglichst geschlossenen Mit-gliedschaft der Gastarbeiter für zwingend halten, damit jede organisatorische Sonderentwicklung in den Bergbaubelegschaften ausgeschaltet wird. Die stetig wachsende Zahl der Gastarbeiter, auch im Bergbau, zwingt zu schnellem Handeln."⁹²⁾

Bereits im Februar 1963 hatten Vertreter der Arbeiterwohlfahrt bei einem Gespräch mit einem Vertreter des IGBE-Bezirks Essen - in dem zu diesem Zeitpunkt bereits ca. 500 Türken beschäftigt waren - die Einsetzung eines Sekretärs speziell zur Betreuung der türkischen Beschäftigten gefordert, mit dem Hinweis auf Tendenzen unter den Türken, ihre Interessen außerhalb der Gewerkschaft vertreten zu lassen.

In einer ersten Analyse zur Beschäftigung von Ausländern im Bergbau vom Juni 1964 kommt man zu dem Ergebnis: "Der sich aus der Beschäftigung von Ausländern ergebende Kostenvorteil ist damit höher als der durch Ausländer entstehende Aufwand."⁹³⁾

Bei einem Vergleich der Unfallzeiten, Krankmeldungen und der Leistungseffizienz mit deutschen Mitarbeitern kam die IGBE - unter Berücksichtigung der besonderen Bedingungen der "Gastarbeiter" (Kulturschock, Sprachproblem etc.) - zu einem positiven Ergebnis hinsichtlich der Anstellung von Arbeitsmigranten. Die Unfallhäufigkeit bei den "Gastarbeitern" läge zwar höher als bei den Deutschen, jedoch stammen diese

"vorwiegend aus ländlichen Gegenden und hatten kaum Berührung mit der modernen Technik. Die Ausbildungszeit von 6 Wochen über Tage und 6 Wochen unter Tage ist unter diesem Gesichtspunkt sicher nicht ausreichend. Hinzu kommt, daß die Sprachschwierigkeiten ein unfallsicheres Arbeiten erschweren. Zwar wird Sprachunterricht erteilt, jedoch wird dabei häufig nicht auf Dialekte Rücksicht genommen. Durch die starke Fluktuation, die durch die oft nur auf ein Jahr begrenzten Arbeitsverträge gefördert wird, handelt es sich bei den Gastarbeitern fast nur um unerfahrene Leute, bei denen erfahrungsgemäß die Unfallhäufigkeit höher liegt, auch wenn es sich nicht um Ausländer handelt."⁹⁴⁾

Die sozio-kulturelle Differenz zwischen der damaligen türkischen und der deutschen Gesellschaft war 1962 in Essen der Hintergrund für einen "wilden" Streik türkischer Bergleute auf der zur Mathias Stinnes AG gehörenden Zeche Hagenbeck. Die im Wohnheim an der Nöggerathstraße untergebrachten 108 Bergleute bedrohten ihren Dolmetscher, da sie sich betrogen fühlten, als sie statt des erhofften vollen Bruttolohns ihren Nettolohn ausgezahlt bekamen. Sozialabgaben und direkt einbehaltene Steuern waren ihnen fremd.⁹⁵⁾

Sorgen bereiteten der IGBE die Konsequenzen aus den Bestimmungen der Staatsverträge zur Anwerbung von ausländischen Arbeitnehmern für das damalig gültige Tarifrecht, denn die Ausländer durften auf keinen Fall einen schlechteren Tariflohn erhalten als vergleichbare deutsche Arbeitnehmer, auch wenn sie nicht gewerkschaftlich organisiert waren.

"Einerseits weicht eine solche Regelung vom deutschen Recht wesentlich ab, da für einen deutschen Arbeitnehmer Ansprüche auf die tariflichen Leistungen nur dann bestehen, wenn er tariflich gebunden ist. Andererseits haben wir als Gewerkschaft evtl. ein Interesse daran, daß ausländische Arbeitskräfte ihre Arbeitsleistung nicht billiger anbieten dürfen als unsere organisierten Arbeitnehmer. Welcher Grundsatz den Vorrang verdient, hängt von der jeweiligen Situation auf dem Arbeitsmarkt ab. Auf jeden Fall ist das Interesse des Gastarbeiters, einer gewerkschaftlichen Organisation beizutreten, auf Grund dieser Staats- und Einzelarbeitsverträge wesentlich geringer. Hieraus ergeben sich dann sicher auch gewerkschaftspolitisch besondere Probleme."⁹⁶⁾

Die Gründung der RAG mit ihrer besonderen innerbetrieblichen Organisationsstruktur nach dem Mitbestimmungsmodell der Montanindustrie, das der Gewerkschaft ein direktes und umfassendes Mitgestaltungsrecht gerade im Personalbereich zugestand, machte ein offensive Ausländerarbeit mit der Zielsetzung einer Integration der ausländischen Beschäftigten möglich. Heute liegt der Organisationsgrad der türkischen Beschäftigten bei der RAG mit ca. 98% sogar etwas höher als bei den deutschen Belegschaftsangehörigen.

IV.2. Zur Bedeutung der Dolmetscher in der ersten Phase der Beschäftigung von türkischen Bergleuten im Ruhrbergbau

In den 60er Jahren trafen die in der Türkei angeworbenen Arbeitskräfte in der Regel in der regionalen Verteilerstelle der Bergbaubetriebe in Essen-Heisingen ein, um von dort unverzüglich auf die einzelnen Betriebe verteilt zu werden, wo sie folgender Ablauf erwartete:

"Wenn die ausländischen Arbeiter bei unserer Gesellschaft eintreffen, werden sie zunächst in die Unterkünfte eingewiesen. Dann erfolgt eine nochmalige Untersuchung auf Bergbautauglichkeit durch unseren Werksarzt. Nach der Aufnahme der Personalien erhält jeder ausländischer Arbeiter Arbeitszeug, Arbeitsschuhe und Unfallschutzmittel, wie z.B. Helm, Handschuhe etc. Während der ersten 6 Wochen werden die angeworbenen Arbeiter zunächst über Tage beschäftigt. Während dieser Zeit werden sie in der deutschen Sprache unterrichtet. Gleichzeitig werden ihnen hierbei die ersten theoretischen Kenntnisse in fachlicher Hinsicht vermittelt. Nach 6 Wochen wird unter Anwesenheit der Bergbehörde eine Sprachprüfung abgelegt. Hierbei muß der ausländische Arbeiter beweisen, daß er in der Lage ist, Warntafeln, Anweisungen der Aufsichtspersonen etc. in deutscher Sprache zu verstehen. Anschließend erfolgt die Verlegung nach unter Tage. Die ersten 3 Monate unter Tage dienen der Eingewöhnung an die Untertageverhältnisse. Während dieser Zeit werden besonders festgesetzte Löhne gezahlt, die nicht auf der produktiven Leistung des Einzelnen basieren. Nach der Eingewöhnungszeit wird der ausländische Arbeiter an seinen endgültigen Arbeitsplatz verlegt. Je nach fachlicher und konstitutioneller Eignung wird er entweder als Gedingearbeiter oder aber als Schichtlöhner eingesetzt."⁹⁷⁾

Allen Beteiligten wurde schnell klar, daß zur besseren betrieblichen Einbindung der neu hinzugekommenen Arbeitnehmer eine sprachliche Vermittlung zwischen Betrieb und Beschäftigten notwendig wurde - auch die IGBE bemühte sich sprachkundige Mitarbeiter zu finden. Im Falle der Türken gestaltete sich dies überaus schwierig, da ausgebildete DolmetscherInnen schwer oder gar nicht zu finden waren. Häufig wurden deshalb nicht spezifisch ausgebildete Kräfte eingestellt, sondern zweisprachige Mitarbeiter mit den unterschiedlichsten Voraussetzungen (oft Studenten und Jungakademiker). In vielen Fällen belasteten diese Dolmetscher, die auch zur Betreuung der Wohnheimbewohner eingesetzt wurden, das Vertrauen der Beschäftigten in die Betriebsleitung, aber auch zu den Behörden, den deutschen Kollegen und die Gewerkschaft, indem sie ihr Vertrauensverhältnis auf verschiedene Weise mißbrauchten. In der Erinnerung vieler Arbeitsmigranten standen die Dolmetscher einseitig für die Interessen der Betriebe ein und versuchten persönliche Vorteile

durch ihre Stellung zu erzielen. Doch auch die Betriebe sahen die Schwierigkeiten, die das Sprachenproblem mit sich brachte.

"Die als Dolmetscher tätigen eigenen Landsleute besitzen vielfach nicht das Vertrauen ihrer Leute, da sie ihnen zu verwaltungshörig erscheinen. Da man vielfach auf Studenten zurückgreift, ist die bergbautaugliche Qualifikation oft ungenügend (z.B. Schlichten von Gedingestreitigkeiten usw.) Kritisiert werden muß die in den meisten Fällen bestehende ungenügende Zahl von Dolmetschern. Die Bergbaugesellschaften übersehen meistens, daß die ausländischen Arbeitnehmer nicht nur im Betrieb arbeiten, sondern auch ihre Freizeit und Nächte in den Heimen verbringen, wo immer wieder Dolmetscher benötigt werden zur Hilfe in privaten Angelegenheiten, die einfach nicht zur Verfügung stehen. Hinzu kommt oftmals ein gewisses korruptes Verhalten von Dolmetschern aus orientalischen Ländern, die sich an der Hilflosigkeit ihrer Landsleute bereichern (z.B. Kassierung von sogenannten Arbeitsplatzvermittlungsgebühren, die in Wirklichkeit nicht existieren, Kassierung von mehr oder weniger hohen Beträgen für private Hilfeleistungen, Übersetzungen usw.)⁹⁸⁾

IV.3. Die "Revierarbeitsgemeinschaft für kulturelle Bergmannsbetreuung" (REVAG)

Seit 1948 hat die REVAG den Auftrag - unter zwischenzeitlich verschiedenen Namensbezeichnungen -, den Bergarbeitern außerhalb ihrer Betriebe ein Angebot zur sozialen und kulturellen Betätigung zu bieten. Wie schon in der Gründerzeit wird diese Einrichtung gemeinsam vom Landesverband der Volkshochschulen in NRW, der RAG, der IGBE und dem Kultusministerium des Landes Nordrhein-Westfalen finanziell getragen.

Seit dem Zuzug der Arbeitsmigranten, also vornehmlich der türkischen Beschäftigten, ist die der Integration dienende Betreuung der ausländischen Mitarbeiter der RAG eines der Arbeitsschwerpunkte der REVAG. Als Zielgruppen wurden festgelegt:

- "- ausländische Arbeitnehmer,
- ausländische Frauen,
- ausländische und deutsche Familien,
- ausländische und deutsche Jugendliche in der Ausbildung,
- ausländische Jugendliche und Kinder."⁹⁹⁾

Das Konzept der REVAG sieht vor, durch spezielle Angebote an die Zielgruppe der ausländischen Beschäftigten eine erste spezifische Betreuung für die ausländischen Mitarbeiter und ihre Familienangehörigen anzubieten, um dann mittel- und langfristig eine bessere Anbindung an das betriebliche und außerbetriebliche soziale Leben des Unternehmens zu erreichen. Bereits in den 70er Jahren versuchte die REVAG ebenfalls Deutschen, die im Betrieb mit den türkischen Mitarbeitern in besonderer Weise

zusammenarbeiteten, wie Steiger, Betriebsräte, HeimleiterInnen und SozialarbeiterInnen, Grundkenntnisse der türkischen Sprache zu vermitteln. Den Kindern der türkischen Mitarbeiter wurden im schulischen Bereich ergänzende "Hausaufgabenhilfen" gegeben, um eine bessere Vorbereitung auf die Berufsausbildung der Jugendlichen zu gewährleisten. Für die türkischen Frauen sollten als Einstieg Näh- und Schneiderkurse, im Anschluß daran Alphabetisierungskurse und Deutschkurse die Brücke zur Einbindung in das soziale Leben der neuen Heimat bieten. Aus heutiger Sicht werden von den Verantwortlichen der REVAG die Erfolge der Bemühungen mit Einschränkungen gesehen. Man beobachtet in den Betrieben und in den Wohnsiedlungen zunehmend eine Tendenz zur Isolation unter den Türken. Alle Aktivitäten der REVAG hatten das nicht ausgesprochene Ziel, einer Selbstorganisation der Türken, die ohne "Kontrolle" durch die RAG, die IGBE, oder die REVAG verläuft, entgegenzuwirken. Man beobachtet mit Sorge, daß eigentlich überwunden geglaubte Probleme am Arbeitsplatz, die ihre Ursache in der religiösen Praxis von türkischen Mitarbeitern haben, wieder an Bedeutung gewinnen und grundsätzlich auch in den Betrieben eine fortschreitende Segregation festzustellen ist.

V. RESÜMEE

Das Ruhrgebiet war als - ehemals von Kohle und Stahl dominierten - herausragender Wirtschaftsstandort eines der bevorzugten Ziele der Arbeitsmigranten, die seit den späten fünfziger Jahren in die Bundesrepublik kamen, um für sich und ihre Familien eine bessere Zukunft zu sichern. Aus diesen als zeitlich befristet geplanten "Arbeitsaufenthalten" entwickelte sich allmählich eine dauerhafte Einwanderungsbewegung, die inzwischen die bundesrepublikanische Gesellschaft merklich verändert hat und weiter verändern wird. Zum ersten Mal in der deutschen Geschichte leben die Deutschen mit größeren ethnischen Minderheiten - die zunehmend selbstbewußt das soziale und politische Leben mitgestalten wollen - zusammen, von denen die türkische mit Abstand die Größte ist.

Im Kölner Raum und im Ruhrgebiet entstanden in den letzten zwanzig Jahren die bedeutendsten türkischen Communities Deutschlands. Gerade die Situation der türkischen Minorität im Ruhrgebiet zeigt die damit verbundenen massiven und scheinbar - zumindest kurzfristig - unlösbaren Probleme. Das Beispiel Essen belegt die mehrfache Randstellung der Türken, die im Wohnumfeld, in ihren schulischen und beruflichen Chancen strukturell benachteiligt sind, wobei eine gleichsam zu konstatierende Tendenz unter den Türken selbst, sich abzuschotten und die eigenen kulturellen Werte überzubetonen, eine Vermittlung zwischen den unterschiedlichen Lebensweisen - mit dem Ziel etwas Neues entstehen zu lassen - schwer möglich scheinen läßt.

In Essen zeigt sich der von den ökonomischen Eliten in den Achtziger Jahren eingeleitete systematische Abbau des Sozialstaates besonders kraß, indem die Segregation von materiell potenten, im Süden der Stadt lebenden und sozial unterprivilegierten Bevölkerungsgruppen im Norden der Stadt in seit vielen Jahrzehnten unbekannter Weise deutlich wird.

Über 90% der TürkInnen in Essen leben im Norden der Stadt und dort vornehmlich in Stadtteilen, in denen verstärkt von Arbeitslosigkeit und der damit verbundenen (neuen) Armut betroffene Menschen leben. Die besonderen Probleme der türkischen Minorität potenzieren sich durch, auf die Wirtschaftskrise zurückzuführende, soziale Konflikte oder sind als Stellvertreterkonflikte gesellschaftlicher Randgruppen zu verstehen. Alle bisher unternommenen - von den ausführenden PädagogInnen, SozialarbeiterInnen etc. sicherlich

gut gemeinten Aktivitäten für ein besseres Miteinander der Deutschen und der Migranten, die auf der Mikroebene auch von partiellen und temporären Erfolgen begleitet wurden - sind abhängig von den finanziellen Rahmenbedingungen und letztendlich ein "Herumdoktern" an den Symptomen.

V. LITERATURVERZEICHNIS

Klaus J. Bade, Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland? Deutschland 1880-1980, Berlin 1983.

Ders., Migration und Migrationsforschung. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, in: Westfälische Forschungen, Nr. 39 (1989), S. 393-407.

Ders., Homo Migrans. Wanderungen aus und nach Deutschland. Erfahrungen und Fragen, Essen 1994.

Klaus Barwig, Klaus Philipp Seif (Hg.), Muslime unter uns. Ein Prüfstein für christliches Handeln, München 1983.

Aloys Berg, Türken im Bergbau, in: Johannes. Ch. Papalekas (Hg.), Strukturwandel des Ausländerproblems. Trends - Modelle - Perspektiven. Bochum 1986, S. 184-193.

Ders., Polen und Türken im Ruhrbergbau - Ein Vergleich zweier Wandervorgänge mit einer Fallstudie ‚Türken im Ruhrgebiet‘, Diss. Ruhr-Universität Bochum 1990.

U. Bielefeld, Inländische Ausländer. Zum gesellschaftlichen Bewußtsein türkischer Jugendlicher in der BRD. Frankfurt a.M. 1988.

Martin Biller, Arbeitsmarktsegmentation und Ausländerbeschäftigung. Ein Beitrag zur Soziologie des Arbeitsmarktes mit einer Fallstudie aus der Automobilindustrie. Frankfurt/M., New York 1989.

Ursula Boos-Nünning, Wolfgang Nieke (Hg.), Ausländische Jugendliche in der Berufsausbildung. Auf dem Weg zur Chancengleichheit. Opladen 1991.

W. Brehpol, Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung. Beiträge zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Recklinghausen 1948.

Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hg.), Bundesarbeitsblatt, 13. Jg., Nr.3, Bonn (10. Februar) 1962, S. 69ff.

Ders. (Hg.), Bundesarbeitsblatt, 16. Jg., Nr. 3, Bonn (10. Februar) 1965, S. 125ff.

D. von Delhaes-Günther, O.N. Haberl, A. Schölich, Abwanderung von Arbeitskräften aus Italien, der Türkei und Jugoslawien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12, 1976, S. 3-32.

Anton Josef Dierl, Geschichte und Lehre des anatolischen Alevismus-Bektasismus, Frankfurt/M. 1985.

DGB-Bundesvorstand, Abt. Ausländische Arbeitnehmer (Hg.), Die deutschen Gewerkschaften und die ausländischen Arbeitnehmer. Beschlüsse - Forderungen - Stellungnahmen - Empfehlungen, Düsseldorf o.J.

H. Esser, P. Bernhard Hill, Georg v. Oepen, Kurzfassung des Endberichts über "Sozialökologische Bedingungen der Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer im Ruhrgebiet (am Beispiel der Stadt Duisburg)". Eine Untersuchung im Auftrag der Stadt Duisburg und des Kommunalverbandes Ruhrgebiet durchgeführt am Rhein- Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP) e.V. Projektleitung: Prof. Dr. H. Esser, Projektbearbeitung: Dipl.-Soz. P. Bernhard Hill und Dipl.-Geogr. Georg v. Oepen. Essen, Duisburg 1983.

J. Fijalkowski, Gastarbeiter als industrielle Reservearmee?, in: Archiv für Sozialgeschichte, Nr. 24, 1984, S. 399-456.

Forschungsgruppe Kommunikation und Sozialanalysen GmbH (FOKUS) im Auftrage des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), Ausländerbeiräte in Nordrhein-Westfalen. Situationsanalyse und Perspektiven für ihre zukünftige Arbeit, Düsseldorf (Oktober) 1994.

Andreas Goldberg / Faruk Sen, Zentrum für Türkeistudien (Hg.), "ZfT aktuell" Nr. 11, Ein neuer Mittelstand?. Unternehmungsgründungen von ehemaligen türkischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland, Essen (November) 1992.

Dies., Türken in Deutschland. Leben zwischen zwei Kulturen, München 1994.

Andreas Graef, Mobilität in Wohnquartieren mit steigendem Ausländeranteil. Umzugsmotivation der fortgezogenen Deutschen Haushalte, untersucht an Beispielen aus Gelsenkirchen, Ruhr-Universität Bochum 1983.

Othmar Nikola Haberl, Die Bundesrepublik Deutschland - ein Einwanderungsland der Türken, in: Werner Meys, Faruk Sen (Hg.), Zukunft in der Bundesrepublik oder Zukunft in der Türkei? Eine Bilanz der 25-jährigen Migration von Türken, Frankfurt/M. 1986.

Kay Hailbronner, Einbürgerung von Wanderarbeitnehmern und doppelte Staatsangehörigkeit, Baden-Baden 1992.

Friedrich Heckmann, Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminorität, Stuttgart 1981.

Ders., Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie interethnischer Beziehungen, Stuttgart 1992.

Günter Heidelberg, Die Lage im Bergbau, in: Johannes. Ch. Papalekas (Hg.), Strukturwandel des Ausländerproblems. Trends - Modelle - Perspektiven. Bochum 1986, S. 172-183.

Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter - Zwangsarbeiter - Gastarbeiter, Berlin - Bonn 1986.

Klaus T. Hofmann, Christian Petry, Jürgen Raschert, Barbara Schlotmann (Hg.), Schulöffnung und interkulturelle Erziehung. Wie regionale Arbeitsstellen, Familie, Schule und Nachbarschaft helfen können, Weinheim und Basel 1993.

Roland Hofmann, Ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien im Ruhrgebiet. Eine Problemanalyse aus der Sicht der regionalen Praxis anhand von Expertengesprächen, hg. von Walter Tokarski. Innovationsförderungs- und Technologietransfer-Zentrum der Hochschulen des Ruhrgebietes (ITZ), [Bochum] (Januar) 1982.

Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik (Hg.), Migration und Armut - Migrationsgewinner und Migrationsverlierer, Informationsdienst zur Ausländerarbeit Nr.3/4 (Frankfurt) 1994.

Hannemor Keidel, Mein Kollege ist Ausländer. Die Integration in den Gewerkschaften, in: Integration ist machbar. Ausländer in Deutschland, hg. von Wolfgang Benz, München 1993, S. 47-61.

Hans-Günther Kleff, Vom Bauern zum Industriearbeiter. Zur kollektiven Lebensgeschichte der Arbeitsmigranten aus der Türkei, Ingelheim 1984.

Christoph Kleßmann, Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870-1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft, Göttingen 1978.

Ders., Polen im Ruhrgebiet - Gastarbeiter heute, in: Interkulturell. Forum für interkulturelle Kommunikation, Erziehung und Beratung, Heft 3/4, Jg. 1991.

Wolfgang Köllmann, Ausländische Arbeitnehmer in Deutschland vor dem Beginn der Gastarbeiterzuwanderung, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, hg. von Hans Pohl und Wilhelm Treue, Beiheft 32 - Integration ausländischer Mitarbeiter, Wiesbaden 1984, S. 5-54.

Kommunalverband Ruhrgebiet (Hg.), Ausländerintegration in Essen-Katernberg - Handlungsprogramm, [Essen 1993].

Hermann Korte (Hg.), Die Wohnsituation ausländischer Mitarbeiter der Ruhrkohle AG - Kurzbericht - Türkische Bergarbeiter im Ruhrgebiet, hg. von: Ruhr-Universität Bochum (Institut für Arbeitssoziologie und Arbeitspolitik), Ruhrkohle AG, Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum 1983.

Annette Krus-Bonazza, "Wir kommen doch alle aus denselben Verhältnissen...". Aus der Geschichte der Arbeitseinwanderung in Dahlhausen von 1880 bis heute, Bochum 1990.

Heinz Kühn, Memorandum des Bundesbeauftragten. Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1979.

Peter Kühne, Nihat Öztürk, Klaus-W. West (Hg.), Gewerkschaften und Einwanderung. Eine kritische Zwischenbilanz, Köln 1994.

- Hans Dietrich von Loeffelholz**, Der Beitrag der Ausländer zum wirtschaftlichen Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland, In: Zeitschrift zur politischen Bildung, 29. Jg., Nr. 1 1992, S. 60-70.
- Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.)**, Ausländische Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen, Zahlenspiegel 1993, Düsseldorf (März) 1994.
- Ders.**, (in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein Westfalen) (Hg.), Ausländische Arbeitnehmer in Nordrhein Westfalen. Zahlenspiegel 1993. Düsseldorf (März) 1994.
- Ders.**, (Hg.), Landessozialbericht, Band 6: Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen. Die Lebenslage der Menschen aus den ehemaligen Anwerbeländern und die Handlungsmöglichkeiten der Politik, o.O. (Dezember) 1994.
- Stadt Mülheim an der Ruhr [Der, Oberstadtdirektor, Amt für Stadtentwicklung, Stadtforschung und Statistik (Hg.)]**, Statistisches Jahrbuch 1994, (Mülheim an der Ruhr 1994).
- Johannes. Ch. Papalekas (Hg.)**, Strukturwandel des Ausländerproblems. Trends - Modelle - Perspektiven. Bochum 1986.
- Martin Peetzen**, Freizeitgeographische Verhaltensmuster türkischer Arbeitnehmer im Ruhrgebiet. Bestandsaufnahme und planerische Folgerungen. Ruhr-Universität Bochum 1983.
- Projektgruppe Videocolor am Institut für Soziologie der Universität Münster (Hg.)**, "Der Sozialplan ersetzt mir ja nicht den Arbeitsplatz". Betriebsschließung und Besetzerstreik bei Videocolor Ulm, Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung 41, Köln 1987.
- "Ruhrkohle"** - Werkzeitschrift der RAG.
- Cornelia Schmalz-Jacobsen** (Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer), in: Daten und Fakten zur Ausländersituation. Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer. Bonn (Oktober) 1994.
- Rainer Schulze u.a. (Hg.)**, Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit, Hildesheim 1987.
- Ahmet Sezer**, Die Türkischen Organisationen in der Bundesrepublik Deutschland 1960 - 1990, Frankfurt/M. 1995.
- Stadt Essen (Hg.)**, Sachstandsbericht über die Situation der Ausländer in der Stadt Essen, Sozialamt, Beratungsstelle für Ausländer, (September) 1979.
- Ders.**, Amt für Entwicklungsplanung der Stadt Essen, Handlungsprogramm zur Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen aus den Anwerbeländern, Bd. II (Entwurf), Untersuchungen zur Stadtentwicklung, 46. Bericht 1984.
- Ders.**, Soziale Ungleichheit im Stadtgebiet. Kleinräumige Betrachtung der Sozialstruktur. Beiträge zur Stadtforschung 3, hg. vom Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung, Wahlen und Stadtarchiv der Stadt Essen, (Juni) 1990.
- Ders.**, Sonderbericht: Mitbürgerinnen und Mitbürger mit eingeschränkten Rechten - Die Nichtdeutschen, in: Stadt Essen. Statistische Vierteljahresberichte, herausgegeben vom Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen, 45. Jahrgang, Juli - August - September 1992.
- Ders.**, - Der Oberstadtdirektor. Geschäftsstelle für kommunale Ausländerangelegenheiten (Hg.), Ausländerbeirat der Stadt Essen. Bilanz 1987-1992. [Essen] (Oktober) 1992.
- Ders.**, Bericht des Vorsitzenden des Ausländerbeirates Ratsherrn Hermann Linnemann zur Situation der ausländischen Bürgerinnen und Bürger in Essen, [Essen 1994].
- Ders.**, Integratives Entwicklungskonzept für Essen Katernberg, einen Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf. (Entwurf), Februar 1995.
- Ders. u.a. (Hg.)**, Katernberg. Ein Stadtteil macht sich auf den Weg. Essen (März) 1995.
- Valentina Maria Stefanski**, Zum Prozeß der Emanzipation und Integration von Außenseitern: Polnische Arbeitsmigranten im Ruhrgebiet, Dortmund 1984.
- Dies.**, Zum Vergleich der historischen und der aktuellen Arbeitsmigration: "Ruhrpolen" um die Jahrhundertwende - "Gastarbeiter" heute, in: Geschichte der Einwanderer in das Ruhrgebiet. Beispiel für das Leben von Migranten in Deutschland, hg. v. der Evangelischen Akademie Iserlohn, Tagungsprotokoll 92/88, Iserlohn 1988, S. 68-87.

Hans-Ulrich Wehler, Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918, in: Ders. (Hg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1968.

Zentrum für Türkeistudien (Hg.), Türkische Remigranten, "ZfT aktuell" - Berichte des Zentrums für Türkeistudien, Essen 1992.

Ders. (Hg.), "ZfT aktuell" - Berichte des Zentrums für Türkeistudien, Nr. 4, Essen (September) 1992.

Ders. (Hg.), "ZfT aktuell" Nr. 22, Türkische Studenten und Hochschulabsolventen mit besonderer Berücksichtigung der Bildungsinländer, Kurzfassung zum Endbericht, Essen (August) 1992.

Ders., Umweltbewußtsein der türkischen Wohnbevölkerung in Nordrhein- Westfalen, "ZfT aktuell", Nr. 25, Bonn (November) 1993.

Ders., "ZfT aktuell" Nr. 31, Medienkonsum und Medienverhalten der türkischen Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland dargestellt am Beispiel der Printmedien und elektronischen Medien, Essen (September) 1994.

Ders., Endbericht zur Studie "Dialog mit einer neu etablierten religiösen Minderheit in NRW, türkische Muslime und deutsche Christen im Gespräch unter besonderer Berücksichtigung einer Bestandsaufnahme des christlich-islamischen Dialogs und der türkisch-islamischen Dachorganisationen", erstellt vom Zentrum für Türkeistudien Essen im Auftrag des Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein- Westfalen, Köln (Dezember) 1994.

ANHANG

Türkische eingetragene Vereine bei den Amtsgerichten Essens (Stand: Oktober 1994)

- a) Name
 - b) Tag der Eintragung
 - c) Vereinsregisternummer
 - d) Anschrift
-

I. Eintragungen im Amtsgericht Essen

1

- a) Deutsch-Türkische Gesellschaft/Ruhr e.V.
- b) 13. Sept. 1974
- c) 2279
- d) Emdenstr. 17, 45133 Essen

2

- a) Türkischer Kulturverein in Essen und Umgebung e.V.
- b) 15. Nov. 1974
- c) 2285

3

- a) Verein der türkischen Arbeitnehmer und Moslems in Essen und Umgebung für gegenseitige Unterstützung und Hilfeleistung
- b) 12. Mai 1977
- c) 247
- umbenannt in:
- a) Verein türkischer Arbeitnehmer islamischer Hilfe e.V.
- b) 05. Febr. 1990
- c) 2475

4

- a) Verein Moschee für Essen-Katernberg und Umgebung e.V.
- b) 20. Jan. 1982
- c) VR 2703
- d) Katernbergerstr. 91, 45327 Essen

5

- a) Verein der Arbeiter aus der Türkei in Essen
- b) 19. April 1982
- c) 271

d) ETID, Friedrich-Ebert-Str. 37, 45127 Essen

6

a) Islamischer Förderungsverein von türkischen Arbeitnehmern in Altenessen und Umgebung

b) 22. Juni 1983

c) 273

d) Heßlerstr. 115, 45329 Essen

7

a) Anatolien-Verein e.V.

b) 22. März 1983

c) 2782

8

a) Verein für christlich-islamische Begegnung Ruhr

b) 20. Dez. 1983

c) 2818

9

a) Deutsch-Türkischer Freundeskreis e.V.

b) 08. Okt. 1984

c) VR 2870

d) Stoppenberger 24, 45141 Essen

10

a) Barisspor 84

b) 21. Mai 1985

c) 2919

d) Vogelheimer Str. 226, 45356 Essen

11

a) Kurdischer Kulturverein Essen e.V.

b) 10. März 1986

c) VR 2971

d) c/o Ufür Kan, Heymannplatz 8, 45131 Essen

12

a) Sportgemeinschaft Günefspor e.V.

b) 25. April 1986

c) 2984

d) c/o Saran Habip, Kielerstr. 30, 45145 Essen

13

a) Verein türkischer Elternverband in Essen und Umgebung e.V.,

b) 21. Mai 1986

c) 2990

d) c/o Hüseyin Kibar, Heßlerstr. 115, 45329 Essen

14

a) Türkischer Arbeiterverein Essen und Umgebung e.V.

b) 04. Nov. 1986 (bisher AG Bochum)

c) 2007

d) Wüstenhöfer Str. 120, 45355 Essen

15

a) Türkischer Kultur-Verein e.V.

- b) 07. Mai 1987
- c) 3044

16

- a) Verein für Pflege der heimatlichen Kultur für Türken in Karnap (KTMKD)
- b) 02. Juli 1987
- c) 3059

17

- a) Freundeskreis der Türkischen Sozialdemokraten in Essen e.V.,
- b)
- d) Saatbruchstr. 524, 45309 Essen

18

- a) Internationale Ausländerarbeit e.V.
- b) 03. Dez. 1987
- c) 3084
- d) Giradet-Str. 21, 45131 Essen

19

- a) Verein zur Förderung der Türkischen Volksmusik und Folklore e.V.
- b) 05. Jan. 1989
- c) 3174

20

- a) Deutsch Ausländische Arbeitergemeinschaft e.V.
- b) 27. Jan. 1989
- c) 3177

21

- a) Karadeniz Kultur-Musik und Folkloreverein
- b) 01. Juni 1989
- c) 3201

22) Maggy's Sultan-Palast e.V.

- b) 23. Aug. 1989
- c) 3215

23

- a) FC Alanya e.V.
- b) 12. März 1990
- c) 3256

24

- a) Internationaler Kulturverein Essen e.V.
- b) 07. Mai 1990
- c) 3263

25

- a) Türkischer Sport-und Kulturverein Essen e.V.
- b) 30. Aug. 1990
- c) 3284
- d) Vogelheimer Str. 117, 45329 Essen

26

- a) Verein der türkischen Bergleute e.V.
- b) 16. Okt. 1990

c) 3297

27

- a) Türkisch-Deutscher Bergmannsverein
- b) 23. Okt. 1990
- c) 3300
- d) Huestr. 162, 45309 Essen

28

- a) Zentrum für Türkeistudien e.V.
- b) 13. Mai 1991
- c) 3349
- d) Overbergstr. 27, 45141 Essen

29

- a) DoMiT
- b) 15. Mai 1991
- c) 3350
- d) Pferdemarkt 5, 45127 Essen

30

- a) Deutsch-türkische Familienfreundschaft Essen-Karnap
- b) 25. Okt. 1991
- c) 3383

31

- a) Verein zur Förderung interkulturelle Beziehungen e.V.
- b) 06. Nov. 1991
- c) 3384

32

- a) Verein für türkische Kultur in Essen u. Umgebung e.V.
- b) 21. Nov. 1991
- c) 3391

33

- a) Deutsch-türkischer Kindergarten e.V.
- b) 29. Nov. 1991
- c) 3394

34

- a) Freiheitlich Türkisch-Deutscher Freundschaftsverein e.V.
- c) 3450

35

- a) Verein für kulturelle Dienste an Menschen e.V.
- b) 21. Aug. 1992
- c) 3450

36

- a) Zonguldak Treff e.V.
- b) 25. Jan. 1993
- c) 3482

37

- a) Verein zur Förderung ausländischer Auszubildender
- b) 09. März 1993

- c) 3495
- d) Girardetstr. 21, 45131 Essen

38

- a) Islamische Gemeinde-Zentrum Essen e.V.
- b) 15. Juli 1993
- c) 3528

39

- a) Nationaler türkischer Musikverein
- b) 25. Feb. 1994 (bisher Duisburg)
- c) 3589

40

- a) Deutsch-kurdischer Solidaritätsverein
- b) 22. März 1994
- c) 3594
- d) Wenenstr., 45193 Essen

41

- a) Kurdistan Kulturzentrum e.V.
- b) 28. März 1994
- c) 3597

42

- a) Türkische Gemeinde e.V.
- b) 29. April 1994
- c) 3606
- d) Heßlerstr. 115, 45329 Essen

43

- a) Interkulturelles Solidaritätszentrum
- b) 06. Juni 1994
- c) 3612

44

- a) Türkisch Deutscher Sportverein
- b) 30. Aug. 1994
- c) 3632

II. Eintragungen im Amtsgericht Steele

45

- a) Kulturverein für türkische Arbeitnehmer in Essen-Kray und Umgebung
- b) 28. April 1977
- c) 363
- d) c/o Recep Gumüsok, Vierhandbank 7, 45307 Essen

46

- a) Verein der türkischen Arbeitnehmer zur islamischen Zusammen- arbeit für Essen-Steele und Umgebung
- b) 29. Nov. 1982
- c) 421
- d) c/o Hamza Sari, Dahlhauser Str. 71, 45279 Essen Rifat Birinci, Westfalenstr. 204, 45276 Essen

47

a) Verein der türkischen Arbeitnehmer zur islamischen Zusammen- arbeit.

48

a) Türk Gücü 86 Essen - umbenannt am 21. Juli 1993 in Türkspor 86/88

b) 24. Sept. 1986

c) 453

d) c/o Margrid Bacuk, Schwarzbachstr. 11, 45309 Essen & Örs Ziyalim, Ernestinenstr. 307, 45139 Essen

49

a) Deutsch-Türkischer Freundschaftsverein,

b) 27. Jan.1987

c) 456

d) c/o Murat Hacıoglu, Haus-Berge-Str. 50, 45143 Essen

50

a) Türkischer Verein für soziale Aktivitäten

b) 15. Febr. 1994

c) 523

d) c/o Nizamettin Baspınar, Staelsfelderstr. 63, 45259 Essen

Eintragungen im Amtsgericht Borbeck

51

a) Türkisch-Deutscher Freundschaftsverein Essen und Umgebung e.V. - Borbeck

b) 25. Nov. 1982

c) 218

d) c/o Bekir Özyurt (1.Vorsitzender), Weidkamp 35, 45355 Essen

52

a) Deutsch-türkischer Arbeiter und Kulturverein Essen Borbeck e.V.

b) 14. April 1989

c) 248

d) Borbecker Platz 1a, 45193 Essen

53

a) Türkisch-islamischer Kulturverein Essen-Dellwig

b) 14. Nov. 1979

c) 203

d) c/o Cafer Durmus (1. Vorsitzender), Mehmet Tekin (2. Vorsitzender), Dellwiger Str. 41, 45357 Essen

54 a) Verein der türkischen Zahnärzte in der BRD

b) 02. Nov. 1987

c) 204

d) c/o Tuncay Supcun (2. Vorsitzender), Ottostr. 80, 44890 Bochum

FUßNOTEN

- 1) J. Ch. Papalekas, in: Ders (Hg.), Strukturwandel des Ausländerproblems. Trends - Modelle - Perspektiven. Bochum 1986, S.7.
- 2) Klaus J. Bade, Migration und Migrationsforschung. Vom Kaiserreich bis zur Bundesrepublik, in: Westfälische Forschungen, Nr. 39 (1989), S. 393- 407, hier S. 397f.
- 3) Für Hans-Ulrich Wehler nahm die Einwanderung ins Ruhrgebiet eine Entwicklung, die "amerikanische Ausmaße" erreichte. Siehe Ders. Die Polen im Ruhrgebiet bis 1918, in: Ders. (Hg.), Moderne deutsche Sozialgeschichte, Köln 1968, S. 437- 455. Der Volkskundler W. Brehpol nannte seine (in der NS-Zeit begonnene und später aktualisierte) Untersuchung über die Bevölkerungszusammensetzung im Ruhrgebiet: Der Aufbau des Ruhrvolkes im Zuge der Ost-West-Wanderung. Beiträge zur deutschen Sozialgeschichte des 19. und 20. Jahrhunderts, Recklinghausen 1948.
- 4) Siehe Christoph Kleßmann, Polnische Bergarbeiter im Ruhrgebiet 1870-1945. Soziale Integration und nationale Subkultur einer Minderheit in der deutschen Industriegesellschaft, Göttingen 1978 Ders., Polen im Ruhrgebiet - Gastarbeiter heute, in: Interkulturell. Forum für interkulturelle Kommunikation, Erziehung und Beratung, Heft 3/4, Jg. 1991 Aloys Berg, Polen und Türken im Ruhrbergbau - Ein Vergleich zweier Wanderungsvorgänge mit einer Fallstudie ‚Türken im Ruhrgebiet‘, Diss. Ruhr-Universität Bochum 1990 Valentina Maria Stefanski, Zum Prozeß der Emanzipation und Integration von Außenseitern: Polnische Arbeitsmigranten im Ruhrgebiet, Dortmund 1984 Dies., Zum Vergleich der historischen und der aktuellen Arbeitsmigration: "Ruhrpolen" um die Jahrhundertwende - "Gastarbeiter" heute, in: Geschichte der Einwanderer in das Ruhrgebiet. Beispiel für das Leben von Migranten in Deutschland, hg. v. der Evangelischen Akademie Iserlohn, Tagungsprotokoll 92/88, Iserlohn 1988, S. 68-87.
- 5) Siehe z.B. Christoph Kleßmann, Polen im Ruhrgebiet - Gastarbeiter heute, a.a.O., S. 68 Klaus J. Bade sieht in der Kolonienbildung "ein Indiz für einen echten Einwanderungsprozeß mit seinen nicht nur ökonomischen und sozialen, sondern auch kulturellen und mentalen Problemen." Migration und Migrationsforschung, a.a.O., S. 396. - Einen anderen Standpunkt vertritt Wolfgang Köllmann: "Nur in der Ost-West-Binnenwanderung während der Hochindustrialisierungsphase läßt sich vielleicht eine Parallele zur gegenwärtigen ‚Gastarbeiterzuwanderung‘ erkennen, die ihre besondere Ausprägung im integrationshemmenden Willen des Ruhrpolentums, seine kulturelle und nationale Identität zu wahren, fand. Obwohl eine soziale Gleichstellung am Arbeitsplatz von Anfang an gegeben war, obwohl es - trotz anfänglicher Ansätze - nicht zu einer Gettobildung kam, traten hier Tendenzen bewußter Abschottung vor allem im kulturellen und kirchlichen Bereich zu Tage. Zu den Konsequenzen gehörten ablehnende, sogar feindliche Reaktionen der deutschen wie der masurischen Bevölkerung. Erst die Rück- oder Weiterwanderung, die zu einer entscheidenden Abnahme des bewußten Polentums im Ruhrgebiet führte, förderte die Assimilation der Gebliebenen bis zu ihrem Aufgehen in das ‚Ruhrvolk‘. Wolfgang Köllmann, Ausländische Arbeitnehmer in Deutschland vor dem Beginn der Gastarbeiterzuwanderung, in: Zeitschrift für Unternehmensgeschichte, hg. von Hans Pohl und Wilhelm Treue, Beiheft 32 - Integration ausländischer Mitarbeiter, Wiesbaden 1984, S. 5-54, hier S. 53f.

- 6) Die deutschen Gewerkschaften drängten deshalb in den fünfziger Jahren darauf, die Anwerbung nicht in Eigenregie der Unternehmen durchzuführen, sondern von der Bundesanstalt für Arbeit kontrolliert und koordiniert, um Mindeststandards bei den geschlossenen Verträgen zu gewährleisten. Allerdings wurden bereits Ende 1965 40% der Arbeitskräfte direkt durch die Betriebe angeworben. - Siehe Hannemor Keidel, Mein Kollege ist Ausländer. Die Integration in den Gewerkschaften, in: Integration ist machbar. Ausländer in Deutschland, hg. von Wolfgang Benz, München 1993, S. 47-61, hier S. 49. - Siehe weiter, J. Fijalkowski, Gastarbeiter als industrielle Reservearmee?, in: Archiv für Sozialgeschichte, Nr. 24, 1984, S. 399-456.
- 7) Zur deutsch-türkischen Vereinbarung vom 30. Oktober 1961 siehe: Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hg.), Bundesarbeitsblatt, 13. Jg., Nr.3, Bonn (10. Februar) 1962, S. 69ff. Am 30. September 1964 trat eine Neufassung der Vereinbarung zwischen der Türkei und Deutschland in Kraft, die unter anderem die Einrichtung von Verbindungsstellen der Bundesanstalt für Arbeitsvermittlung und Arbeitslosensicherung in der Türkei vorsah. Der Bundesminister für Arbeit und Sozialordnung (Hg.), Bundesarbeitsblatt, 16. Jg., Nr. 3, Bonn (10. Februar) 1965, S. 125ff.
- 8) Die Erwartungen der Entsendeländer erfüllten sich allerdings nicht. Siehe hierzu D. von Delhaes-Günther, O.N. Haberl, A. Schölch, Abwanderung von Arbeitskräften aus Italien, der Türkei und Jugoslawien, in: Aus Politik und Zeitgeschichte, B 12, 1976, S. 3-32.
- 9) Siehe hierzu Rainer Schulze u.a. (Hg.), Flüchtlinge und Vertriebene in der westdeutschen Nachkriegsgeschichte. Bilanzierung der Forschung und Perspektiven für die künftige Forschungsarbeit, Hildesheim 1987.
- 10) Friedrich Heckmann, Ethnische Minderheiten, Volk und Nation. Soziologie inter-ethnischer Beziehungen, Stuttgart 1992, S. 20. - 1960 machten die Flüchtlinge und Vertriebenen 23,9% der bundesrepublikanischen Gesamtbevölkerung aus. Siehe Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980. Saisonarbeiter - Zwangsarbeiter - Gastarbeiter, Berlin - Bonn 1986, S. 180f. Herbert betont, daß die verschiedenen Gruppen der Arbeitsmigranten alle unter spezifischen Formen der Fremdenfeindlichkeit zu leiden hatten, allerdings bei inländischen Migranten unter Ausschluß rassistisch motivierter Abwehrreaktionen. Ebda, S. 183ff. In diesem Zusammenhang wird die Forderung nach dem aktiven und passiven Wahlrecht für die Ausländer in der Bundesrepublik verständlich, da nur auf diesem Wege eine systemimmanente Durchsetzung der eigenen Interessen - wie im Falle der "Vertriebenen" möglich scheint.
- 11) Gezielt angeworben wurden die ausländischen Arbeitskräfte in den Jahren 1955-1966 und von 1968-1973.
- 12) Klaus J. Bade, Homo Migrans. Wanderungen aus und nach Deutschland. Erfahrungen und Fragen, Essen 1994, S. 38. - Von den 4,8 Millionen Ausländern die 1990 in der Bundesrepublik lebten, gehörten fast 3 Millionen zu dieser 'Gastarbeiterbevölkerung' oder stammen von ihr ab. Bade, ebda.
- 13) So waren 1966 "90% der ausländischen Männer als Arbeiter beschäftigt - aber nur 49% der deutschen. 71,8% aller ausländischen Arbeitskräfte waren 1961 im sekundären Sektor tätig, bei den deutschen nur 47,8% 72% aller ausländischen Männer arbeiteten 1966 als an- oder ungelernete Arbeiter." Ulrich Herbert, Geschichte der Ausländerbeschäftigung in Deutschland 1880 bis 1980, a.a.O., S. 200f. Nach Angaben des Zentrums für Türkeistudien sank zwischen 1976 und 1991 die Zahl der in der verarbeitenden Industrie tätigen türkischen Arbeitnehmer von 70,9% auf 58,5%, im gleichen Zeitraum stieg der Anteil der türkischen Arbeitnehmer im tertiären Sektor von 7,4% auf 16,1% die Zahl der Selbstständigen belief sich im Jahre 1992 auf 35.000, wovon 11.500 in Nordrhein-Westfalen tätig waren. Siehe: Endbericht zur Studie "Dialog mit einer neu etablierten religiösen Minderheit in NRW, türkische Muslime und deutsche Christen im Gespräch unter besonderer Berücksichtigung einer Bestandsaufnahme des christlich-islamischen Dialogs und der türkisch-islamischen Dachorganisationen", erstellt vom Zentrum für Türkeistudien Essen im Auftrag des Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Köln (Dezember) 1994. Im aktuellen Landessozialbericht wird der Berufsstatus der türkischen Beschäftigten (in den alten Bundesländern) wie folgt angegeben: ungelernete

Arbeiter = 15%, angelernte Arbeiter = 35%, Angestellte = 17%, Facharbeiter und (unselbst.) Handwerker = 25%, Selbständige = 6%. Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), Landessozialbericht, Band 6: Ausländerinnen und Ausländer in Nordrhein-Westfalen. Die Lebenslage der Menschen aus den ehemaligen Anwerbeländern und die Handlungsmöglichkeiten der Politik, o.O. (Dezember) 1994, S. 97.

14) Friedrich Heckmann, Die Bundesrepublik - ein Einwanderungsland?, Stuttgart 1981, S. 170f.

15) Othmar Nikola Haberl, Die Bundesrepublik Deutschland - ein Einwanderungsland der Türken, in: Werner Meys, Faruk Sen (Hg.), Zukunft in der Bundesrepublik oder Zukunft in der Türkei? Eine Bilanz der 25-jährigen Migration von Türken, Frankfurt/M. 1986, S. 142.

16) Siehe z.B. Klaus J. Bade, Vom Auswanderungsland zum Einwanderungsland? Deutschland 1880-1980, Berlin 1983 Friedrich Heckmann, Die Bundesrepublik: Ein Einwanderungsland? Zur Soziologie der Gastarbeiterbevölkerung als Einwandererminorität, Stuttgart 1981.

17) Nach einem Urteil des Bundesverfassungsgericht vom 26.9.1978 ist allerdings der Verweis auf den Status der BRD als "Nichteinwanderungsland" als Begründung für die Ausweisung eines Ausländers nicht statthaft.

18) Von den bundesweit insgesamt 12.414 Anträgen auf Rückkehrhilfe wurden 10.868 von türkischen MigrantInnen gestellt. Von diesen Antragstellern waren 695 Frauen und 10.868 Männer. Das Volumen der durch die Bundesregierung bereitgestellten Rückkehrhilfen für diese türkischen ArbeitnehmerInnen und ihre Familien betrug 132,5 Mio DM, also durchschnittlich 12.200 DM. Aloys Berg, Polen und Türken im Ruhrbergbau, a.a.O., S. 169.

19) Siehe dazu, bezogen auf die türkischen Migranten: Zentrum für Türkeistudien (Hg.), Türkische Remigranten, "ZfT aktuell" - Berichte des Zentrums für Türkeistudien, Essen 1992.

20) Cornelia Schmalz-Jacobsen (Beauftragte der Bundesregierung für die Belange der Ausländer), in: Daten und Fakten zur Ausländersituation. Mitteilungen der Beauftragten der Bundesregierung für die Belange der Ausländer. Bonn (Oktober) 1994, S. 7. - Zum Problem der Einbürgerung von Ausländern im europäischen Vergleich siehe: Kay Hailbronner, Einbürgerung von Wanderarbeitnehmern und doppelte Staatsangehörigkeit, Baden-Baden 1992.

21) Diese Begrifflichkeit ist wichtig, denn die Türkei ist ein Vielvölkerstaat mit den entsprechenden inneren Problemen (die Kurdenfrage!), die auch ihre Wirkung auf die Situation in der Bundesrepublik haben. Wenn im folgenden von den Türklinnen gesprochen wird, sind die verschiedenen Ethnien in der Türkei stets zu beachten.

22) Angaben des Zentrums für Türkeistudien, auf der Grundlage der Angaben des Statistisches Bundesamtes, der Bundesbeauftragten der Bundesregierung für Ausländerfragen und des Bundesverwaltungsamtes, in: Zentrum für Türkeistudien (Hg.), Umweltbewusstsein der türkischen Wohnbevölkerung in Nordrhein-Westfalen, "ZfT aktuell", Nr. 25, Bonn, November 1993, S. 3.

23) Daten und Fakten zur Ausländersituation, a.a.O, Bonn (Oktober) 1994 Ausländische Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen, Zahlenspiegel 1993, hg. vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen, Düsseldorf (März) 1994.

24) Siehe Roland Hofmann, Ausländische Arbeitnehmer und ihre Familien im Ruhrgebiet. Eine Problemanalyse aus der Sicht der regionalen Praxis anhand von Expertengesprächen, hg. von Walter Tokarski. Innovationsförderungs- und Technologietransfer-Zentrum der Hochschulen des Ruhrgebietes (ITZ), [Bochum] (Januar) 1982. - Auch die Oberbürgermeister der Ruhrgebietsstädte wiesen auf einer Tagung am 22.01.1982 auf die sich zunehmend ausbreitende "Ausländerfeindlichkeit" hin. Ebda., S. 116

25) In der Rezession der Jahre 1966/67 waren meist die Italiener als größte ausländische Minderheit in der Bundesrepublik Zielscheibe fremdenfeindlicher Attacken, 1979/80 und 1982/83 traf es die Türken, wobei die

stetige Zunahme der Anträge auf Gewährung von Asyl eine neue Kampagne eröffnete. Vor allem in Wahlkampfzeiten wird auf dem Rücken der Betroffenen Politik gemacht.

26) Siehe U. Bielefeld, Inländische Ausländer. Zum gesellschaftlichen Bewußtsein türkischer Jugendlicher in der BRD, Frankfurt a.M. 1988.

27) Die Zeit vom 21.9.1990, S. 23

28) Aussage eines türkischen Jugendlichen in Berlin, Die Zeit vom 21.9.1990, S. 23

29) Die Zeit vom 21.9.1990, S. 23

30) Der erste Beauftragte der Bundesregierung für Ausländerfragen Heinz Kühn formulierte bereits 1979: "Wenn nichts gegen die Ghettosituation im Wohnbereich und in der Schulausbildung mit ihren Nationalklassen, nichts gegen die Rechtsunsicherheit und für die kommunale Beteiligung unternommen wird, schafft die ‚fortdauernde soziale Diskriminierung bei steigendem Anspruchsniveau der zweiten und dritten Generation‘ ein soziales Konfliktpotential". Heinz Kühn, Memorandum des Bundesbeauftragten. Stand und Weiterentwicklung der Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen in der Bundesrepublik Deutschland, Bonn 1979, S. 47f.

31) Zum "neuen türkischen Mittelstand in der BRD siehe: Andreas Goldberg, Faruk Sen, Zentrum für Türkeistudien (Hg.), "ZfT aktuell" Nr. 11, Ein neuer Mittelstand?. Unternehmungsgründungen von ehemaligen türkischen Arbeitnehmern in der Bundesrepublik Deutschland, Essen (November) 1992.

32) Endbericht zur Studie: Dialog mit einer neu etablierten Minderheit in NRW, a.a.O., S. 74. Siehe weiter: Anton Josef Dierl, Geschichte und Lehre des anatolischen Alevismus-Bektasismus, Frankfurt/M. 1985.

33) Zitat in: "Ruhrkohle" Werkzeitschrift der RAG, 12/73, BAG Oberhausen, S. VII.

34) Dem Ghettoisierungsprozeß auffallend entgegen stehen die Postulate der Wohnungsbaugesellschaften (bzw. der Konzerne mit größeren Wohnraumkontingenten wie z.B. der RAG) und der Städte, die seit langem vorgeben, entsprechende Maßnahmen gegen diese Entwicklung einleiten zu wollen. So heißt es in einer Studie der Stadt Essen aus dem Jahre 1984, es würde davon ausgegangen, "daß die Verhinderungen von Ballungen innerhalb bestimmter Wohngebiete, die Schaffung gemischt nationaler Wohnbereiche und eine ausreichende qualitative und quantitative Versorgung mit Wohnraum Bedingungen sind, die den angestrebten Integrationsprozeß [der ausländischen Mitbürger] fördern." Amt für Entwicklungsplanung der Stadt Essen, Handlungsprogramm zur Integration der ausländischen Arbeitnehmer und ihrer Familienangehörigen aus den Anwerbeländern, Bd. II (Entwurf), Untersuchungen zur Stadtentwicklung, 46. Bericht 1984. Im folgenden zitiert als "Handlungsprogramm"

35) Siehe Zentrum für Türkeistudien (Hg.), "ZfT aktuell" Nr. 31, Medienkonsum und Medienverhalten der türkischen Wohnbevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland dargestellt am Beispiel der Printmedien und elektronischen Medien, Essen (September) 1994.

36) 51,7% der türkischen Haushalte verfügen über einen Kabelanschluß, 27,2% können Satellitenprogramme empfangen, 6% haben die Wahlmöglichkeit zwischen Kabel und Satellit und 14,2% können lediglich Programme, die via Antenne ausgestrahlt werden, empfangen. Ebda, S. 7.

37) Ebda, S. 6f.

38) Siehe zur offiziellen Politik des DGB: DGB-Bundesvorstand, Abt. Ausländische Arbeitnehmer (Hg.), Die deutschen Gewerkschaften und die ausländischen Arbeitnehmer. Beschlüsse - Forderungen - Stellungnahmen - Empfehlungen, Düsseldorf o.J. Vgl. dazu die kritische Aufsatzsammlung: Peter Kühne, Nihat Öztürk, Klaus-W. West (Hg.), Gewerkschaften und Einwanderung. Eine kritische Zwischenbilanz, Köln 1994. Siehe weiter Safer Cinar, Die Ausländerpolitik der bundesdeutschen Gewerkschaftsbewegung, in: Sami Özkara (Hg.), Türkische Migranten in der Bundesrepublik Deutschland. Stellungnahme der türkischen Wissenschaftler, Intellektuellen, Lehrer, Gewerkschafter und Sozialberater zu Ausländerfragen und Ausländerpolitik, Frankfurt/M., Bd. 1, S. 75-89.

Interessant ist die Schilderung des Verhaltens der türkischen Mitarbeiter im Rahmen einer konkreten Streikauseinandersetzung.: Projekt- gruppe Videocolor am Institut für Soziologie der Universität Münster (Hg.), "Der Sozialplan ersetzt mir ja nicht den Arbeitsplatz". Be- triebsschließung und Besetzerstreik bei Video- color Ulm, Schriftenreihe der Otto Brenner Stiftung 41, Köln 1987, siehe besonders die Seiten 94ff und 182ff.

39) Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Sozial- es des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), Landessozialbericht, Band 6, a.a.O., S. 90.

40) Ebda., S. 92.

41) Im Bereich des DGB wird erst seit 1973 eine nach Nationalitäten differenzierte Mitglieder- statistik geführt, da man hierdurch deutlich machen wollte, innerhalb des DGB keinerlei Unterschiede zwischen Deutschen und Ausländern zu machen.

42) Sonderbericht: Mitbürgerinnen und Mitbürger mit eingeschränkten Rechten - Die Nichtdeutschen, in: Stadt Essen. Statistische Vierteljahres- berichte, herausgegeben vom Amt für Entwick- lungsplanung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen, 45. Jahrgang, Juli - August - September 1992, S. 62f.

43) Stadt Mülheim an der Ruhr [Der, Oberstadt- direktor, Amt für Stadtentwicklung, Stadt- forschung und Statistik (Hg.)], Statistisches Jahrbuch 1994, (Mülheim an der Ruhr 1994), S. 55 und 64f.

44) Zur Wohnsituation der Ausländer in NRW siehe ausführlich Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), Landessozialbericht, Band 6, a.a.O., 139ff.

45) Handlungsprogramm, a.a.O., S. 71. Daß sich die Wohnschwerpunkte der ausländischen Einwohner weiter vertiefen werden, zeigt eine Bemerkung in einer 1990 erstellten Studie der Stadt: "Die Entwicklung im Zeitraum 1983-1988 zeigt, daß sich lediglich in dem im Essener Süden gelege- nen Stadtbezirk IX [d.i der Essener Südwesten, d.V.] die Zahl der Nichtdeutschen verringert. Überdurchschnittliche Zuwachsraten sind hin- gegen in den Stadtbezirken zu verzeichnen, in denen schon 1983 überdurchschnittlich viele AusländerInnen lebten. Die höchste Zuwachsrate verbucht der Stadtbezirk I [das ist der Stadt- kern einschl. der umliegenden Stadtteile, allerdings ist der Anteil der Türkinnen dort relativ gering]. Soziale Ungleichheit im Stadt- gebiet. Kleinräumige Betrachtung der Sozial- struktur. Beiträge zur Stadtforschung 3, hg. vom Amt für Entwicklungsplanung, Statistik, Stadtforschung, Wahlen und Stadtarchiv der Stadt Essen, (Juni) 1990, S. 54.

46) Quelle: Stadt Essen, Amt für Entwicklungs- planung, Statistik, Stadtforschung und Wahlen u.a. (Hg.). Katernberg. Ein Stadtteil macht sich auf den Weg. Essen (März) 1995, S. 10.

47) Hermann Korte (Hg.), Die Wohnsituation aus- ländischer Mitarbeiter der Ruhrkohle AG - Kurzbericht - Türkische Bergarbeiter im Ruhrgebiet, hg. von: Ruhr-Universität Bochum (Institut für Arbeitssoziologie und Arbeits- politik), Ruhrkohle AG, Industriegewerkschaft Bergbau und Energie, Bochum 1983.

48) Ebda, S. 12.

49) Kommunalverband Ruhrgebiet (Hg.), Ausländerintegration in Essen-Katernberg - Handlungsprogramm, [Essen 1993], S. 10.

50) Ebda.

51) Ebda.

52) Zur Wohnungs- bzw. Wohnumfeldproblematik und zum Freizeitverhalten der türkischen Arbeit- nehmer im Ruhrgebiet wurden zu Beginn der 80er Jahre an der Ruhr-Uni Bochum zwei Diplomar- beiten im Fach Geographie eingereicht, die bei- spielhaft die Situation türkischen Migranten in Gelsenkirchener und Duisburger Stadtteilen und die Reaktion der deutschen Bevölkerung auf den Zuzug von ausländischen (d.h. meist türkischen) Mietern zum Thema haben: Andreas Graef, Mobili- tät in Wohnquartieren mit steigendem Ausländer- anteil. Umzugsmotivation der fortgezogenen Deutschen Haushalte, untersucht an Beispielen aus Gelsenkirchen, Ruhr- Universität Bochum 1983 Martin Peetzen, Freizeitgeographische Verhaltensmuster türkischer Arbeitnehmer im Ruhrgebiet. Bestandsaufnahme und planerische Folgerungen. Ruhr-Universität Bochum 1983. Ebenfalls zu

Anfang der 80er Jahre wurde im Auftrag des Kommunalverbandes Ruhrgebiet (KVR) und der Stadt Duisburg eine Untersuchung über die Eingliederung von (türkischen) Migranten erarbeitet, die "zwischen den theoretischen Konstrukten ‚Integration‘ und ‚Assimilation‘ unterscheidet". Siehe: Kurzfassung des Endberichts über "Sozialökologische Bedingungen der Eingliederung ausländischer Arbeitnehmer im Ruhrgebiet (am Beispiel der Stadt Duisburg)". Eine Untersuchung im Auftrag der Stadt Duisburg und des Kommunalverbandes Ruhrgebiet durchgeführt am Rhein-Ruhr-Institut für Sozialforschung und Politikberatung (RISP) e.V. Projektleitung: Prof. Dr. H. Esser, Projektbearbeitung: Dipl.-Soz. P. Bernhard Hill und Dipl.-Geogr. Georg v. Oepen. Essen und Duisburg 1983.

53) Klaus T. Hofmann, Christian Petry, Jürgen Raschert, Barbara Schlotmann betonen den Zusammenhang zwischen der vielfach dominierenden ghettartigen Wohnsituation der türkischen Kinder und Jugendlichen und der daraus resultierenden Distanz und den Problemen in der Schul- und Berufsausbildung. Siehe Dies. (Hg.), Schulöffnung und interkulturelle Erziehung. Wie regionale Arbeitsstellen Familie, Schule und Nachbarschaft helfen können, Weinheim und Basel 1993, S. 204.

54) Im Jahre 1983 lag der Versorgungsgrad der türkischen Kinder im Kindergartenalter bei knapp über 30%, der der ausländischen Kinder insgesamt bei 45% und der ausländischer Kinder ohne den Anteil der türkischen Kinder bei knapp 60% der sogenannte Zielwert war auf 75% festgelegt. "Der Anteil der türkischen Kinder an den ausländischen Kindern insgesamt ist in den Stadtteilen Altendorf, Altenessen-Nord mit jeweils rd. 70%, in Karnap mit rd. 75% und in Katernberg mit rd. 83% besonders hoch." Ca. 36% aller türkischen Kinder zwischen 3 und 6 Jahren lebten 1983 in den Stadtteilen Altenessen, Karnap und Katernberg Handlungsprogramm, a.a.O., S. 183 und 187 und 191. Aktuelle Zahlen sind nur in einem sehr aufwendigen Verfahren zu ermitteln - durch Anfrage bei allen betreffenden Einrichtungen.

55) Gerade die katholische Kirche hat gegenüber den Muslimen Berührungängste. Dies "zeigt sich etwa an der Unsicherheit katholischer Kindergärten, wenn es um die Aufnahme muslimischer Kinder und den Umgang mit Familien dieses Glaubens, in der Regel Türken, geht." Klaus Barwig, Klaus Philipp Seif (Hg.), Muslime unter uns. Ein Prüfstein für christliches Handeln, München 1983, S. 14.

56) Dies bestätigte auch ein Vertreter der "Türkischen Gemeinde" in Essen: Der Besuch des Kindergartens sei "ein Grundstein im Leben", ohne den es schwer wird "in der Schule Erfolg zu haben." FAZ, 23. Juli 1994.

57) Stadt Essen, Integratives Entwicklungskonzept für Essen Katernberg, einen Stadtteil mit besonderem Erneuerungsbedarf. (Entwurf), Februar 1995, S. 58.

58) Ebda.

59) Angaben des Jugendamtes der Stadt Essen.

60) Siehe Ursula Boos-Nünning, Wolfgang Nieke (Hg.), Ausländische Jugendliche in der Berufsausbildung. Auf dem Weg zur Chancengleichheit, Opladen 1991, besonders S. 33-51.

61) Die Art der Datenerhebung - bedingt durch die Datenschutzgesetzgebung - ermöglicht es auch hier nicht nationalitätenspezifische Zahlen zu ermitteln.

62) Pressedienst der Stadt Dortmund, Nr. 241, Blatt 201 vom 21.02.1995.

63) Zur Situation der türkischen Studierenden in der Bundesrepublik allgemein siehe, Zentrum für Türkeistudien (Hg.), "ZfT aktuell" Nr. 22, Türkische Studenten und Hochschulabsolventen mit besonderer Berücksichtigung der Bildungsländer, Kurzfassung zum Endbericht, Essen (August) 1992.

64) Siehe dazu die ältere Studie: Soziale Ungleichheit im Stadtgebiet. Kleinräumige Betrachtung der Sozialstruktur. Beiträge zur Stadtforschung 3, a.a.O. Für die späten 70er Jahre vgl.: Sachstandsbericht über die Situation der Ausländer in der Stadt Essen, Sozialamt, Beratungsstelle für Ausländer, (September) 1979. Auf die gesamte Bundesrepublik bezogene Angaben zur wirtschaftlichen und sozialen Lage der türkischen Migranten

- finden sich in: Migration und Armut - Migrationsgewinner und Migrationsverlierer, hg. vom Institut für Sozialarbeit und Sozialpädagogik, Informationsdienst zur Ausländerarbeit Nr.3/4 (Frankfurt) 1994.
- 65) Handlungsprogramm, a.a.O., S. 70. Auch wenn sich in den vergangenen zehn Jahren das Wohnumfeld in den beschriebenen Stadtbezirken/Stadtteilen verbessert hat und eine breiter werdende türkische Mittelschicht Zugang zu "besseren" Wohngebieten findet, hat sich grundsätzlich an der Wohnraumsituation der TürkInnen in Essen nichts geändert. Den in Deutschland lebenden TürkInnen ist inzwischen ganz bewußt geworden, daß sie dauerhaft in der Bundesrepublik leben werden und eine Rückkehr in die Türkei, nicht zuletzt durch die schlechten Erfahrungen der Re-MigrantInnen, fast ausgeschlossen ist. Dies hat eine Änderung der Konsumgewohnheiten bewirkt. Auch für Wohnungen ist man nun bereit, sehr viel mehr Geld auszugeben. Siehe: Konsumgewohnheiten und wirtschaftliche Situation der türkischen Bevölkerung in der Bundesrepublik Deutschland. Kurzfassung der Ergebnisse einer telefonischen Umfrage im September 1992, hg. vom Zentrum für Türkeistudien, "ZfT aktuell" - Berichte des Zentrums für Türkeistudien, Nr. 4, Essen (September) 1992.
- 66) Siehe dazu beispielhaft die Lokalstudie von Annette Krus-Bonazza, "Wir kommen doch alle aus denselben Verhältnissen...". Aus der Geschichte der Arbeitseinwanderung in Dahlhausen von 1880 bis heute, Bochum 1990.
- 67) Siehe Martin Biller, Arbeitsmarktsegmentation und Ausländerbeschäftigung. Ein Beitrag zur Soziologie des Arbeitsmarktes mit einer Fallstudie aus der Automobilindustrie, Frankfurt/M., New York 1989, S. 262.
- 68) Im Jahresdurchschnitt der gesamten Bundesrepublik lag die Arbeitslosenquote unter Ausländern in den vergangenen 10 Jahren zwischen 4 und 6 Prozentpunkte höher als bei den Arbeitslosen insgesamt - 1988 14,4% gegenüber 8,7% 1990 10,9% gegenüber 7%. Hans Dietrich von Loeffelholz, Der Beitrag der Ausländer zum wirtschaftlichen Wohlstand in der Bundesrepublik Deutschland, In: Zeitschrift zur politischen Bildung, 29. Jg., Nr. 1 1992, S. 60-70, hier S. 64.
- 69) Ausländische Arbeitnehmer in Nordrhein-Westfalen. Zahlenspiegel 1993, hg. vom Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (in Zusammenarbeit mit dem Landesamt für Datenverarbeitung und Statistik Nordrhein Westfalen), Düsseldorf (März) 1994.
- 70) Ministerium für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein-Westfalen (Hg.), Landessozialbericht, Band 6, a.a.O., S. 108.
- 71) Ebda, S. 64f.
- 72) Stadt Essen - Der Oberstadtdirektor. Geschäftsstelle für kommunale Ausländerangelegenheiten (Hg.), Ausländerbeirat der Stadt Essen. Bilanz 1987-1992. [Essen] (Oktober) 1992. (Zitat: S.4)
- 73) Ebda., S. 12
- 74) Bericht des Vorsitzenden des Ausländerbeirates Ratshern Hermann Linnemann zur Situation der ausländischen Bürgerinnen und Bürger in Essen, [Essen 1994]
- 75) Zu den rechtlichen Grundlagen und Bestimmungen im Einzelnen siehe: Forschungsgruppe Kommunikation und Sozialanalysen GmbH (FOKUS) im Auftrage des Ministeriums für Arbeit, Gesundheit und Soziales des Landes Nordrhein Westfalen (Hg.), Ausländerbeiräte in Nordrhein Westfalen. Situationsanalyse und Perspektiven für ihre zukünftige Arbeit, Düsseldorf (Oktober) 1994.
- 76) NRZ-Essen, 3. Mai 1995.
- 77) Presseerklärung von Horst Radtke und Jürgen Thulke, Düsseldorf 16. März 1995.
- 78) In den achtziger Jahren schloß die DB ihre letzten Wohnheime im Ruhrgebiet, da kein Bedarf mehr bestand. Es handelte sich dabei um die Heime in der Masurenallee 430, 251 und 253 in Duisburg-Wedau, in der Schwerter Str. 20 in Hagen, in der Tannenbergr. 54 in Oberhausen und in der Umlandstr. 114/116 in Dortmund. In Dortmund gab es ein zweites Wohnheim, Heiliger Weg 63. Zwei weitere Unterkünfte unterhielt die DB in Wanne-Eickel, Rathausstr. 32 und in Hamm, Kleine Alleestr. 4. Die beiden noch heute genutzten Häuser in Essen,

- Ribbeckstr. 8-10 und in Hagen, Sedanstr. 10 werden meist von Mitarbeitern bewohnt, die kurzzeitig am Ort eingesetzt werden.
- 79) Günter Heidelberg, Die Lage im Bergbau, in: Papalekas, a.a.O., S. 172-183, hier S. 180.
- 80) Im Februar 1964 waren 8.597 Bergleute bundesweit arbeitslos gemeldet, demgegenüber standen 13.380 offene Stellen im Bergbau. Beschäftigung der Gastarbeiter, Industriegewerkschaft Bergbau und Energie - Hauptverwaltung, Unveröffentlichtes Manuskript im Archiv der IGBE, Bochum (15. Juni) 1964.
- 81) Aloys Berg, Türken im Bergbau, in: Papalekas, a.a.O., S. 184-193, hier S. 184. Von den bis 1974 im Ruhrbergbau neuangelegten Bergleuten hatten über 50% bereits in der Türkei im Bergbau gearbeitet. Ders., Polen und Türken im Ruhrkohlenbergbau, a.a.O., S. 156.
- 82) Ebda., 186. 63% der Befragten stammte aus kleineren Orten in der Türkei. "Fast die Hälfte lebte vor der Ausreise in Dörfern mit weniger als 500 Einwohnern." Lediglich 12% stammten aus Städten mit einer Einwohnerzahl von über 50.000, 25% kamen aus kleineren Städten.
- 83) Beschäftigung der Gastarbeiter, a.a.O.
- 84) "Ruhrkohle", 1/71, S. 6.
- 85) Ebda.
- 86) Aloys Berg, Polen und Türken im Ruhrbergbau, a.a.O., S. 151.
- 87) Sie erhielten eine Betriebsabfindung von insgesamt 30,5 Mio DM. Die Bundesknappschaft erstattete an insgesamt 3.600 Antragsteller durchschnittlich zwischen 25.000 und 30.000 DM an eingezahlten Rentenbeiträgen. Aloys Berg, Polen und Türken im Ruhrbergbau, a.a.O., S. 169. 86) Alle Angaben: Ruhrkohle AG.
- 88) Alle Angaben: Ruhrkohle AG
- 89) Ebda., S. 155.
- 90) Ebda.
- 91) Ebda.
- 92) Schreiben von [Heinz-Oskar] Vetter und [Heinz] Kegel "An die Arbeitsdirektoren im Bereich des Verbandes zur Information an die Leiter der Dienststellen, Schulen und Abteilungen im Hause", Bochum, 22.5.1964 - (Archiv der IGBE - Bochum)
- 93) Industriegewerkschaft Bergbau und Energie - Hauptverwaltung, "Beschäftigung der Gastarbeiter" Manuskript vom 15. Juni 1964 (Archiv der IGBE - Bochum)
- 94) Ebda, S. 15. Vgl Anm. 46. Die allerersten türkischen Bergleute hatten also offensichtlich keine vorherige Klassifikation, dies führte zu verstärkter Eigeninitiative der Betriebe bei der Anwerbung der türkischen Mitarbeiter.
- 95) Siehe Bericht in der Westdeutschen Allgemeinen Zeitung" (WAZ) vom 17. März 1962. Siehe Weiter Hans-Günther Kleff, Vom Bauern zum Industriearbeiter. Zur kollektiven Lebensgeschichte der Arbeitsmigranten aus der Türkei, Ingelheim 1984
- 96) Ebda., S. 17f.
- 97) Auszug aus der Antwort auf eine Befragung durch den "Unternehmensverband Ruhrbergbau" im Auftrag der "Hohen Behörde über Anwerbung und Beschäftigung ausländischer Arbeitskräfte" der "Essener Steinkohlenwerke AG" vom 15. November 1965. - (Archiv der IGBE - Bochum)
- 98) Ebda., S. 17f.
- 99) Revierarbeitsgemeinschaft für kulturelle Bergmannsbetreuung (REVAG), 40 Jahre REVAG - Jahresbericht 1988, o.O. [Essen] o.J. [1989]